

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Vorträge
22

Gerhard A. Ritter

**Die Sozialdemokratie
im Deutschen Kaiserreich in
sozialgeschichtlicher Perspektive**

München 1989

Schriften des Historischen Kollegs
im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Horst Fuhrmann
in Verbindung mit
Knut Borchardt, Lothar Gall, Alfred Herrhausen, Karl Leyser, Christian
Meier, Horst Niemeyer, Arnulf Schlüter, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus
und Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich Forschungsstipendien und alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Gerhard A. Ritter war – zusammen mit Professor Dr. Roger Dufraisse (Paris) und Professor Dr. Klaus Schreiner (Bielefeld) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 1987/88. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Gerhard A. Ritter aus seinem Arbeitsbereich einen öffentlichen Vortrag zu dem Thema „Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive“ am 16. Mai 1988 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten, der zuerst in der „Historischen Zeitschrift“ (Band 249, Heft 2, 1989, S. 295–362) veröffentlicht wurde.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

ÜBER lange Zeit standen Ideologie und zentrale Organisationen im Mittelpunkt der Historiographie zur deutschen Sozialdemokratie. Nicht diese „klassische“ Perspektive bestimmt den Schwerpunkt des folgenden Beitrags, sondern der Versuch, die Geschichte der Sozialdemokratie und ihrer Ausbreitung in die allgemeine Geschichte des deutschen Reiches einzubetten, sozialhistorischen Fragestellungen nachzugehen und insbesondere die Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung zu verknüpfen.

I.

Das Jahr 1875 ist eine Zäsur in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Nachdem die Spaltung der politischen Arbeiterbewegung durch den Zusammenschluß der „Lassalleaner“ und der „Eisenacher“ auf dem Gothaer Einigungskongreß und durch die daraufhin eingeleitete Verschmelzung der mit ihnen verbundenen Gewerkschaftsorganisationen aufgehoben worden war, waren wesentliche Voraussetzungen für den Aufschwung zur Massenbewegung geschaffen. Schon bei den Reichstagswahlen von 1877 gelang es der Sozialdemokratie, etwa 40% der Stimmen in Großstädten mit einer evangelischen Bevölkerungsmehrheit wie Berlin und Hamburg und in dem am stärksten industrialisierten deutschen Staat Sachsen zu gewinnen und sich damit feste Hochburgen zu sichern.

Der Einigung von Gotha waren einige grundlegende und dauerhafte Prägungen der deutschen Arbeiterbewegung vorangegangen.

* Der Verfasser dankt Ulrike Haerendel für ihre Hilfe bei der Anfertigung der Tabellen.

Dazu sind zunächst die im westeuropäischen Vergleich außerordentlich frühe Gründung eigenständiger politischer Arbeiterparteien und deren scharfe Abwendung vom Liberalismus und den Kräften der bürgerlichen Demokratie zu rechnen. Dieser Auflösungsprozeß der ursprünglich breiten Volksbewegung für Bürgerrechte, Demokratie und Nationalstaat, der von Gustav Mayer stark vereinfachend als „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“¹⁾ bezeichnet wurde, hatte vielfältige und regional stark unterschiedliche Ursachen. Dabei haben die Auseinanderentwicklungen der politischen Organisationen von Bürgertum und Arbeiterschaft sich weitgehend wechselseitig bedingt. Neben der Differenzierung der sozialen und ökonomischen Interessen von Bürgertum und Proletariat waren die ambivalente Haltung der Liberalen zu der demokratischen Forderung nach allgemeinem gleichem Wahlrecht, die weitgehende Weigerung der bürgerlichen Honoratiorenpolitiker, Arbeiter an der Führung gemeinsamer Organisationen zu beteiligen, und das ungenügende Eintreten der Liberalen für die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft mit ausschlaggebend, daß die gemeinsame Volkspolitik durch eine Klassenpolitik ersetzt wurde. Wesentlich waren weiter die Niederlage und Spaltung des politischen Liberalismus und die Schwächung seiner demokratischen Elemente im Kampf um die Reform des preußischen Staates und bei der Gründung des deutschen Nationalstaates. Der Prozeß der politischen Differenzierung wurde schließlich auch durch die zunehmende soziale Polarisierung von Arbeitern und Unternehmern in der Streikwelle von 1868 bis 1872 gefördert.

Die Konsequenzen aus der frühen Entstehung der politischen Arbeiterbewegung – deren Chancen für ein separates Vorgehen auch durch die Gewährung des relativ demokratischen Reichstagswahlrechts gefördert wurden – sind für die deutsche politische Entwicklung vor allem negativ zu beurteilen: das Reformpotential der Bewegungsparteien wurde durch die Spaltung geschwächt; die sozialistische Arbeiterbewegung geriet an den Rand der Gesellschaft, und ihre Wirkungsmöglichkeiten wurden durch die Isolierung im politischen System entscheidend eingeeengt; das Bürgertum wurde verstärkt auf den bestehenden Obrigkeitsstaat und die alten büro-

¹⁾ *Gustav Mayer*, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie 1863–1870. Leipzig 1912.

kratischen und feudalen Eliten zum Schutz seiner Interessen vor einem sich offen zur Revolution bekennenden Proletariat verwiesen.

Auch hinsichtlich ihrer sozialen Trägergruppen³⁾ war die Gründung von Arbeiterparteien verfrüht. Diese rekrutierten sich zunächst vor allem aus den Gesellen und einzelnen, häufig von Verlegern für den Absatz ihrer Produkte abhängigen Meistern bestimmter traditioneller Handwerkszweige und den vom allmählichen Übergang von der heimgewerblichen zur fabrikmäßigen Produktion besonders betroffenen Webern etwa in den Textilregionen Glau-chau-Meerane, um Chemnitz und in Crimmitschau, der südlichen Oberlausitz oder in Wuppertal und Aachen.⁴⁾ Daneben spielten die Tabakarbeiter und Buchdrucker eine große Rolle, zu denen seit den 1870er Jahren die Arbeiter der Maschinenbauindustrie traten, während die Bergarbeiter und die ungelerten Arbeiter erst seit etwa 1890 allmählich in den Bannkreis der sozialistischen Arbeiterbewegung gerieten. So gut wie völlig ausgeschlossen waren die Landarbeiter und das Gesinde, deren Rekrutierung für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bis zum Ersten Weltkrieg an den staatlichen Repressivmaßnahmen, der Verweigerung des Koalitions- und Streikrechts und der strikten sozialen und politischen Kontrolle von Gutsbesitzern und Bauern scheiterte.

Mit der frühen Konstituierung der Arbeiterparteien kontrastiert, im Vergleich vor allem mit Großbritannien, die relativ späte Entstehung und Konsolidierung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Neuere detaillierte Forschungen vor allem von Ulrich Engelhardt⁴⁾ haben gezeigt, daß die frühere Annahme, die deutschen Gewerkschaften seien am Ende der 1860er Jahre primär als Schöpfung politischer Parteien entstanden, nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die ersten Gewerkschaften entstanden vielmehr, teilweise be-

³⁾ Zur Trägerschaft der frühen Arbeiterbewegung vgl. am Beispiel von Leipzig, einem Zentrum der politischen Arbeiterbewegung, *Hartmut Zwahr*, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution. Berlin (Ost) 1978; *Jürgen Kocka*, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875. Berlin/Bonn 1983.

⁴⁾ Vgl. *Hartmut Zwahr*, Die Synchronisierung des Entwicklungsgangs von Bourgeoisie und Proletariat als Forschungsproblem und Aufgabe, in: BzG 23, 1981, 810f.

⁴⁾ *Ulrich Engelhardt*, „Nur vereinigt sind wir stark“. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70. 2 Bde. Stuttgart 1977.

reits auf Vorläufer in der Revolution von 1848/49 und örtliche Unterstützungskassen von Gesellen und Fabrikarbeitern zurückgehend, durchaus selbständig.

Für den Ausbau und die Form der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben dann allerdings – neben der Gewährung eines eingeschränkten Koalitionsrechts 1869 – politische Parteien als zum Teil förderliche, zum Teil auch hemmende Faktoren eine wesentliche Rolle gespielt. Positiv wirkten die Parteien, indem sie für berufsübergreifende Gewerkschaften eintraten und die Solidarität aller Arbeiter betonten. Damit wurde die Überwindung zünftlerischen Denkens begünstigt und die relativ frühzeitige Ausbildung gemeinsamer Organisationen von Facharbeitern, ungelerten Arbeitern und Frauen ermöglicht. Auch die insgesamt positive Beurteilung des technischen Fortschritts, die für marxistisches Denken typisch ist, wurde über politische Parteien vermittelt. Als negativer Parteieinfluß ist die Geringschätzung gewerkschaftlicher Arbeit zu werten, die im orthodoxen Lassalleanismus und seiner Auffassung vom ehernen Lohngesetz wurzelt. Auch die Aufspaltung der Gewerkschaftsbewegung in verschiedene Richtungsgewerkschaften war z.T. parteipolitisch bedingt, ist aber außerdem auf die anhaltende Bedeutung der Konfessionen und die Herausbildung eigenständiger sozialer Ideen vor allem im deutschen Katholizismus zurückzuführen.

Noch stärker als durch ihre fehlende Autonomie gegenüber den Parteien wurden der Ausbau und die innere Konsolidierung der Gewerkschaften durch ihre massive Bekämpfung von seiten der Arbeitgeber und des Staates behindert. Die starke Orientierung der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung am Staat, die enge Verbindung von Gewerkschaften und Parteien, der frühe Übergang von der Handwerker- und Gesellenbewegung zur Klassenbewegung der Arbeiter, wie auch der im europäischen Vergleich geringe Einfluß syndikalistischer Ideen haben in der Erfahrung der Abhängigkeit von staatlicher Politik und Verwaltung ihre tieferen Ursachen.

Die Gründung des Deutschen Reiches hat – wie bereits Marx und Engels klar sahen⁵⁾ – mit der Schaffung eines größeren Wirt-

⁵⁾ Vgl. *Hans-Josef Steinberg*, Sozialismus, Internationalismus und Reichsgründung, in: Theodor Schieder/Ernst Deuerlein (Hrsg.), *Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen*. Stuttgart 1970, 319–344, bes. 324f., 329f., 333–335, 339–341. Marx schrieb bereits am 20.

schaftsraumes, der die Industrialisierung förderte, und der Bildung eines zentralen Parlaments langfristig die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung entscheidend verbessert. Vor allem war damit die Möglichkeit zur nationalen Organisation gegeben.

Zunächst jedoch hat die Verwirklichung der ursprünglich in erster Linie von liberalen, demokratischen und sozialistischen Kräften getragenen Forderung nach nationaler Einigung durch den im Verfassungskonflikt siegreichen militärisch-bürokratischen preußischen Staat und die alten politischen Eliten, ohne gleichzeitige innere Reform des Staates, einen Rückschlag für die Arbeiterbewegung bedeutet. Die gesellschaftlich-politische Isolierung der Bewegung und die Repression ihrer Organisationen verschärfen sich unter dem Eindruck der großen Streikwelle 1868–1872 und der wirtschaftlichen Krise nach 1873. Nicht zuletzt trug auch die Pariser Kommune von 1871, mit der sich die Führer der deutschen Sozialdemokratie identifizierten⁶⁾, zur akuten Neubelebung der für das 19. Jahrhundert so typischen Revolutionsfurcht weiter Teile des Bürgertums und der herrschenden Eliten bei. Die von der Zuspitzung der Auseinandersetzungen besonders betroffenen Gewerkschaften haben erst 1877 wieder den Mitgliederstand von 1868/69 erreichen können.

Die beiden rivalisierenden Arbeiterparteien haben sich als Antwort auf den Druck von außen, den zunehmenden Einigungswunsch der Mitglieder und die ökonomische Krise seit 1873 – wie schon erwähnt – 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands verbunden, obwohl weder der ideologische Klärungsprozeß abgeschlossen war noch klare Vorstellungen über Strategie und Taktik der neuen Partei bestanden. Marx hat das Vereinigungsprogramm, das nach seinen Worten trotz allen „demokratischen Geklingels“ noch „durch und durch vom Untertanenglauben der Las-

Juli 1870 an Engels, daß bei einem Sieg der Preußen das deutsche Übergewicht den „Schwerpunkt der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen“ werde, was er wegen der theoretischen und organisatorischen Überlegenheit der Deutschen über die französische Arbeiterklasse ausdrücklich begrüße: „Ihr Übergewicht auf dem Welttheater über die französische wäre zugleich das Übergewicht *unsrer* Theorie über die Proudhons etc.“; Marx-Engels-Werke. Bd. 33. Berlin (Ost) 1966, 5.

⁶⁾ Vgl. bes. die berühmte Reichstagsrede von August Bebel vom 25. Mai 1871, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, I. Legislaturperiode, I. Session, Bd. 2, 920f.

salle'schen Sekte an den Staat verpestet" sei, scharf kritisiert.⁷⁾ Tatsächlich entsprach das Programm 1875 dem theoretischen Eklektizismus beider sozialistischen Parteien, die Ideen und Argumente allen möglichen Ursprungs aufgriffen. Die Voraussage von Engels, daß die Einigung auf der Basis des Gothaer Programms von 1875 kein Jahr überdauern werde⁸⁾, erwies sich dennoch als falsch. Die organisatorische Einigung bildete die Voraussetzung für die Selbstbehauptung der Partei in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes nach 1878 und für den Aufschwung der Sozialdemokratie zur größten politischen Massenbewegung des Bismarckreiches.

Das innere Zusammenwachsen der beiden konstituierenden Gruppen der neuen Partei wurde entscheidend durch das Sozialistengesetz von 1878 gefördert. Bismarck wollte mit diesem Gesetz die sich schnell ausbreitende sozialistische Bewegung zerschlagen, ehe sie dem preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat gefährlich werden konnte.

Die sozialistische Arbeiterbewegung im Reich konnte sich trotz der Anfängerfolge der Unterdrückungspolitik jedoch nicht nur behaupten, sondern ihre Position sogar entscheidend verbessern. Diese erstaunliche Entwicklung hängt natürlich in erster Linie mit dem Übergang zur Industriegesellschaft in Deutschland und der entsprechend rasch wachsenden Schicht der Industriearbeiter sowie dem Mut und dem Erfindungsreichtum der Sozialdemokratie beim Aufbau von illegalen Geheimorganisationen und von Tarnorganisationen zusammen.

Wichtig war aber auch, daß – im Gegensatz zur späteren viel rigoroseren nationalsozialistischen Unterdrückung – die bestehende Verfassung des Bismarckreiches, die Gesetze und ihre Interpretation durch Verwaltung und Gerichte der politischen Verfolgung aufgrund des Ausnahmegesetzes gewisse Grenzen setzten. Die bedeutendste Bastion der Rechtsstaatlichkeit bildete das Reichstagswahlrecht, das der Sozialdemokratie die Möglichkeit gab, sich trotz des Verbots der Parteiorganisation weiter an Wahlen, die rechtlich als

⁷⁾ *Karl Marx*, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: *Marx-Engels-Werke*. Bd. 19. Berlin (Ost) 1962, 15–32, hier 31.

⁸⁾ Vgl. den Brief von Friedrich Engels an August Bebel vom 18.[–28.] März 1875, in: *August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels*. Hrsg. v. *Werner Blumenberg*. London etc. 1965, 33.

Wahlen von Personen, nicht Parteien galten, zu beteiligen⁹⁾) und damit auch öffentlich zu wirken. So rückten gerade in der Zeit des Sozialistengesetzes die Propaganda bei Reichstagswahlen und die vor allem als Agitation verstandene parlamentarische Arbeit noch stärker als vorher in den Mittelpunkt der politischen Tätigkeit der Sozialdemokratie. Diese Taktik, den Kampf auf die politische Aktion im Wahlkampf und in den Parlamenten zu konzentrieren, verband sich mit einer scharfen Abgrenzung von den Anarchisten. Sie hat die deutsche Sozialdemokratie zur ersten großen Massenpartei der Arbeiterschaft der ganzen Welt und damit auch zum Vorbild vieler der in den Jahrzehnten vor 1914 in Mittel-, Nord-, Ost- und Westeuropa aufkommenden sozialistischen Parteien gemacht. Gerade der Erfolg dieser Taktik bis 1890 hat später aber auch ihre Ergänzung durch andere Mittel des Kampfes – etwa den politischen Massenstreik – erschwert.

Eine entscheidende Verbesserung ihrer Wirkungsmöglichkeiten erfuhren die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften noch während der Zeit des Sozialistengesetzes durch die berühmten Sozialversicherungsgesetze der 1880er Jahre, mit denen Deutschland das erste moderne System sozialer Sicherheit in der Welt schuf. Die Einführung der Sozialversicherung diente zwar ausdrücklich auch der

⁹⁾ So hat aufgrund der Beschwerde eines Wählers im Auftrag des Reichskanzlers Bismarck sein Sohn Herbert Anfang Oktober 1881 den Unterstaatssekretär Franz Johannes von Rottenburg gebeten, den Staatssekretär im Reichsamt des Innern und preußischen Staatsminister Karl Heinrich von Boetticher zu fragen, ob man nicht in Hamburg wegen Verletzung des Wahlrechts friedlicher Reichsbürger intervenieren solle. Der § 17 des Reichswahlgesetzes, der bestimmte, daß die Wahlberechtigten das Recht haben, „zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentlich Versammlungen zu veranstalten“, sei selbst bei einer Verhängung des kleinen Belagerungszustandes nach § 28 des Sozialistengesetzes nicht suspendiert worden. Sofern die Beschwerde über die Einschränkung des Wahlrechts begründet sei, involviere das Verhalten der Hamburger Behörden einen Verstoß gegen ein Gesetz, der ein Einschreiten des Reichskanzlers nach Artikel 17 der Reichsverfassung begründe. Auf Ersuchen des Reichskanzlers hat Boetticher direkt wegen dieser Beschwerde an den Hamburger Senat geschrieben; vgl. Schreiben von Herbert Bismarck an Rottenburg vom 5. 10. 1881, Schreiben Rottenburgs an Graf Herbert Bismarck v. 7. 10. 1881 und Schreiben Herbert Bismarcks an Rottenburg v. 8. 10. 1881, in: Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Nachlaß Schulz, Reichskanzlei-Reichstags-Sachen, Die Reichstagswahlen, Nr. 3, Bd. 3, Auszüge, 8/209–209a.

Absicht, der sozialistischen Bewegung durch konkrete Sozialreformen das Wasser abzugraben und die Arbeiterschaft „durch erkennbare, direkte Vorteile“, wie es in der Begründung des ersten Entwurfs des Unfallversicherungsgesetzes vom 8. März 1881 heißt, enger an den Staat zu binden.¹⁰⁾ Tatsächlich haben die Sozialversicherungsgesetze aber entscheidend zum Neuaufbau der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bereits während der Zeit des Sozialistengesetzes beigetragen.¹¹⁾ Die durch das Krankenversicherungsgesetz zugelassenen freien Hilfskassen dienten vielfach als legaler Ersatz für die verbotenen sozialdemokratischen Organisationen, besonders aber als Ausgangspunkt für den bereits 1883 in größerem Umfang einsetzenden Neuaufbau gewerkschaftlicher Zentralverbände. Die Diskussion der Gesetzentwürfe und Gesetze zur Sozialversicherung gab die Möglichkeit zur legalen Agitationstätigkeit auch in der Zeit, in der keine Wahlkämpfe stattfanden.

Bismarcks unmittelbares Ziel, durch die Sozialversicherungsgesetze die Arbeiter von ihren Führern zu trennen, ist so zweifellos gescheitert. Langfristig haben aber die durch die Gesetze mitbewirkte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter sowie die in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung gegebenen Mitwirkungsmöglichkeiten zum Abbau von Klassenspannungen und zum Vordringen reformistischer Tendenzen in der Arbeiterbewegung beigetragen.

Das Erstarken der sozialistischen Bewegung, besonders der Gewerkschaftsbewegung, ging nicht nur auf die Ausnutzung der durch Verfassung, Rechtsprechung und Sozialversicherungsgesetze gegebenen Wirkungsmöglichkeiten zurück, sondern hing auch ursächlich mit der Verbesserung der Wirtschaftslage zusammen. Schon in den zwei kurzen Phasen wirtschaftlichen Aufschwungs 1881/82 und 1885/86 kam es in der ersten zu einer Versammlungs- und Petitionsbewegung, in der zweiten zu einer Neubelebung der Streikaktivitäten. In der Hochkonjunktur der Jahre 1888 bis 1890 gelang schließlich den deutschen Gewerkschaften im Zuge einer alle Industrienationen Europas erfassenden großen Streikwelle der Durchbruch zur Massenbewegung.

¹⁰⁾ Vgl. Begründung zum Entwurf eines Gesetzes betr. die Unfallversicherung der Arbeiter, in: Sammlung sämtlicher Drucksachen des Reichstags, IV. Legislaturperiode, IV. Session 1881, Bd. I, Nr. 41, 17.

¹¹⁾ *Gerhard A. Ritter*, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich. München 1983, 50.

Das Sozialistengesetz, dessen Nichtverlängerung im Reichstag im Januar 1890 bereits in die Vorgeschichte von Bismarcks Sturz gehört, hat die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie wesentlich beeinflußt. Es bewirkte zunächst einen Prozeß der ideologischen Klärung. Obwohl das Gesetz letztlich aus obrigkeitsstaatlichen Denktraditionen zu erklären ist, so konnte es doch auch klassengesellschaftlich gedeutet werden. Nach Meinung vieler Arbeiter hatte der Staat in den Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern zugunsten der letzteren eindeutig Partei genommen und damit gewissermaßen den empirischen Beweis für die marxistische Interpretation des Staates als eines Instruments einer feudal-bürgerlichen Klassengesellschaft erbracht. Auf dem Hintergrund der Erfahrungen des Sozialistengesetzes wurde daher ein durch die Interpretation Karl Kautskys verkürzter Marxismus ohne ernsthafte ideologische Konkurrenz im Erfurter Programm von 1891¹²⁾ zur offiziellen Ideologie der Partei erhoben und der Sozialismus der Partei vom ‚Staatssozialismus‘, der bis zur Mitte der 1880er Jahre in der Sozialdemokratie noch viele Anhänger hatte, scharf abgegrenzt.¹³⁾ Gleichzeitig wurde die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Staat verbreitert und die Abschottung von der bürgerlichen Gesellschaft, die diesen Staat trug, verschärft.

Die von außen aufgezwungene Ghettoposition hat die Selbstisolierung der Partei als Reaktion verstärkt. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen während des Sozialistengesetzes haben vor allem die Führer der Sozialdemokratie von der Berührung mit anderen poli-

¹²⁾ Zur Rolle Kautskys bei der Entstehung des Erfurter Programms vgl. *Ingrid Gilcher-Holtey*, Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie. Berlin o. J. [1986], 60–77 sowie Anhang.

¹³⁾ Vgl. zur Diskussion über den Staatssozialismus *Vernon L. Lidtke*, German Social Democracy and German State Socialism 1876–1884, in: *IRSH* 9, 1964, 202–225; *Ursula Mittmann*, Das Postulat der innerparteilichen Demokratie. Der Dampfersubventionsstreit 1884/85, in: *IWK* 11, 1975, 1–30. Der Dampfersubventionsstreit, bei dem es um die in der Partei sehr kontroverse Frage der Bewertung von Regierungsvorlagen zur staatlichen Subvention von Postschiffahrtslinien nach Übersee und damit nach Meinung vieler Parteimitglieder um eine staatssozialistische Maßnahme ging, ist u. a. durch die Reichstagsdebatten, die Artikel im ‚Sozialdemokraten‘, dem in Zürich erscheinenden illegalen Organ der Partei, und die Veröffentlichung der den Streit betreffenden wichtigsten Briefe führender Sozialdemokraten (Im Kampf um den revolutionären Charakter der proletarischen Partei. Briefe führender Arbeiterfunktionäre Dezember 1884 bis Juli 1885. Berlin (Ost) 1977) gut dokumentiert.

tischen Parteien oder anderen sozialen Kräften als der Lohnarbeiterschaft eine Verwässerung der Prinzipien und eine Aufgabe des Klassencharakters der Partei befürchtet. Dieser Charakter der deutschen Sozialdemokratie als Staat im Staate, als Gesellschaft in der Gesellschaft, wurde erst in den Jahren des Sozialistengesetzes voll ausgeprägt. Die sozialistischen Arbeiterorganisationen, die jetzt zunehmend auch den Bereich der Freizeit, der Bildung, des Sports in eigenen Vereinen erfaßten, wurden Teil einer spezifischen Arbeiterkultur, die in enger Beziehung zur sozialdemokratischen Bewegung stand.

Die skizzierte Entwicklung hat den Wandel der Sozialdemokratie von einer Klassenpartei zu einer Volkspartei erschwert. Gleichzeitig hat die politische Isolation es der Sozialdemokratie fast unmöglich gemacht, ihr Machtpotential für politische und soziale Reformen voll zum Tragen zu bringen; dieses Manko hat indirekt die Position des Obrigkeitsstaates gefestigt. Die Bürde dieser Tradition hat noch in der Weimarer Republik die Zusammenarbeit der nun staatstragenden Sozialdemokratie mit anderen politischen Kräften belastet.

Im Gegensatz zu diesen negativen Auswirkungen des Sozialistengesetzes gehören die weitgehende Identifikation der gewerblichen Arbeiter mit der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften, die Abschleifung der politischen Differenzen zwischen Arbeitern verschiedener Berufe, zwischen ungelernten und gelernten Arbeitern, die Festigung von Solidarität und Disziplin innerhalb der Bewegung und die damit im Zusammenhang stehende Schaffung einer relativ modernen, effektiven Organisationsform vor allem in den Gewerkschaften zu den positiven Folgen der Verfolgungsjahre für die Arbeiterbewegung.

So gelang es den deutschen Gewerkschaften, indem sie das Prinzip des Zentralverbandes gegenüber lokalistischen Organisationsformen durchsetzten und erste Industrieverbände bildeten, zünftlerische Traditionen in größerem Maße abzustreifen, als das bei einer ungebrochenen Entwicklung wohl der Fall gewesen wäre. Die relative Modernität der deutschen Gewerkschaften, die mit ihrer späten Entstehung und ihrer lange durch den Staat behinderten Entwicklung zusammenhängt, bildet einen Kontrast zum Charakter der verhältnismäßig früh entstandenen britischen Gewerkschaften, die – etwa in Kampfriten und Organisationsformen – ihre Orientierung an frühindustriellen Bedingungen bis heute nicht ganz verloren haben.

Nach der Wiederbelebung der Konjunktur 1895 haben die deutschen Gewerkschaften auf der Grundlage der großen Neustrukturierung in den frühen 1890er Jahren ihre Organisationen in immer weiteren Industrien und Gebieten des Reiches ausbauen können. Mit über 2¼ Millionen Mitgliedern erreichten die gesamten deutschen Gewerkschaften 1907 fast Gleichstand mit den britischen Gewerkschaften, die 2½ Millionen Organisierte verbuchen konnten, während 1895 die deutsche Mitgliederzahl von 330 000 noch fast um das Fünffache von der britischen übertroffen worden war.¹⁴⁾ Seit der ökonomischen Krise von 1907 hat sich allerdings das Wachstum der Gewerkschaften deutlich differenziert und z. T. verlangsamt. Nicht nur die Gegenwehr der Unternehmer verschärfte sich, sondern es zeigte sich jetzt, daß das Rekrutierungspotential der Gewerkschaften vor 1914 begrenzt war. Es gelang ihnen nicht, die Staats- und Gemeindearbeiter sowie die Angestellten in größerem Umfang zu organisieren. Die Masse der vor allem in der Textil- und Bekleidungsindustrie arbeitenden Frauen wurde von den Gewerkschaften nicht erfaßt, und auch die Organisationsarbeit unter den Jugendlichen traf auf zunehmende Schwierigkeiten. Obwohl die Mitgliederzahl aller deutschen Gewerkschaften 1907 bis 1913 noch einmal um etwa ein Drittel auf ca. 3 Millionen zunahm, blieb sie damit nun wieder weit hinter den britischen Gewerkschaften mit ihren 4,3 Millionen Mitgliedern in diesem Jahr zurück. Zudem war die Wirksamkeit der Gewerkschaften fast völlig auf die Städte begrenzt.

Für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie markiert das Jahr 1890 eine erneute Zäsur. Wenige Wochen nachdem die Sozialdemokratie bei den Wahlen vom Februar 1890 zur stärksten Partei des Landes geworden war, wurde mit Bismarck der gefährlichste Gegner der Bewegung gestürzt. Der Kaiser selbst verkündete in zwei Erlassen vom 4. Februar ein großzügiges Programm sozialer Reformen, das den sozialpolitischen Bestrebungen der Sozialdemokratie weit entgegenkam. Gleichzeitig wurden die 1879 eingeführten und in den 1880er Jahren mehrfach erhöhten Getreidezölle, die die Lebenshaltungskosten der Arbeiterschaft verteuert hatten, in den frü-

¹⁴⁾ Für die Mitgliedszahlen der deutschen Gewerkschaften vgl. *Gerd Horst/Jürgen Kocka/Gerhard A. Ritter*, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914. 2. Aufl. München 1978, 135–137. Für die Mitgliedschaft der britischen Gewerkschaften vgl. *Henry Pelling*, *A History of British Trade Unionism*. London 1963, 262f.

hen 1890er Jahren gesenkt. Der von einigen Gruppen der hohen Beamenschaft und von bürgerlichen und christlichen Sozialreformern mit Elan aufgegriffene Versuch, die Arbeiterschaft durch einen „Neuen Kurs“ innerlich für den Staat zu gewinnen und so der revolutionären Agitation den Boden zu entziehen, ist aber schon nach wenigen Jahren wieder abgebrochen worden. Damit wurde auch die Chance verpaßt, die innere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung stärker zu beeinflussen.

Daß diese Chance real gegeben war, zeigte sich an dem Aufkommen reformistischer Tendenzen in der Partei als Antwort auf die Politik des Neuen Kurses. Sie fanden ihren Hauptexponenten zunächst in dem bayerischen Sozialistenführer Georg von Vollmar, der 1891 dafür eintrat, die gesamte Kraft der Sozialdemokratie auf die Herbeiführung konkreter Reformen zu konzentrieren.¹⁵⁾ Die Politik Vollmars wurde von der Gesamtpartei nicht akzeptiert. Diese folgte damit ihrem Parteiführer Bebel, der der Meinung war, daß Vollmars Taktik auf ein Paktieren mit bürgerlichen Kräften hinauslaufe und das Rückgrat der Partei zu einem Zeitpunkt brechen werde, in dem der Untergang der kapitalistischen Gesellschaft und der Sieg der Partei in wenigen Jahren zu erwarten sei.¹⁶⁾ Ähnlich wie Bebel rechnete auch Friedrich Engels fest mit dem Sieg des Sozialismus in Deutschland bis etwa zur Jahrhundertwende.¹⁷⁾

Der bekannteste Ansatz zur Korrektur der überkommenen Auffassungen und der daraus abgeleiteten Strategie und Taktik der Partei ging am Ende der 1890er Jahre von Eduard Bernstein aus. Im Gegensatz zu den Reformisten um Vollmar sowie vielen pragmatisch orientierten Gewerkschaftsführern, die an Fragen der Theorie nicht interessiert waren, wollte Bernstein die nach seiner Meinung bestehende Kluft zwischen der revolutionären Theorie und der reformistischen Taktik der Partei durch eine Revision der marxisti-

¹⁵⁾ Vgl. die berühmten Münchner Reden Vollmars: „Über die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie“. 2 Reden, gehalten am 1. Juni und 6. Juli 1891 im ‚Eldorado‘ zu München. München 1891.

¹⁶⁾ Vgl. Bebels Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratie von 1891, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891. Berlin 1891, 172–175.

¹⁷⁾ Vgl. *Friedrich Engels*, *Der Sozialismus in Deutschland*, in: *Neue Zeit* X, 1891/92, Bd. 1, 583.

schen Doktrin überwinden.¹⁸⁾ Bernsteins Zweifel am Marxismus, die nicht zufällig mit dem Konjunkturaufschwung nach 1895 zusammenfielen, beruhten vor allem darauf, daß der von Marx vorhergesagte und im Erfurter Programm von 1891 zur offiziellen Parteimeinung erhobene Entwicklungsverlauf der kapitalistischen Gesellschaft nicht mit der tatsächlichen Entwicklung übereinstimmte. Indem Bernstein anhand einer Analyse der realen Verhältnisse aufzeigte, daß die den Zusammenbruch retardierenden oder sogar verhindernden Faktoren der kapitalistischen Gesellschaft sehr viel stärker waren, als man bisher angenommen hatte, traf er den Nerv der politischen Strategie der Partei. Diese hatte auf der Voraussetzung beruht, daß die politische Macht der Sozialdemokratie gewissermaßen von selbst als Frucht der kapitalistischen Entwicklung in den Schoß fallen würde. Der Kapitalismus werde ein ständiges Ansteigen der Zahl der Arbeiter, ein Zusammenschmelzen des Mittelstandes, eine zunehmende Verelendung des Proletariats und immer häufigere und schwerere Krisen der Wirtschaft bewirken. Man wartete also auf immer mehr Elend und auf immer mehr Krisen, bis aus dieser Misere im endgültigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft in der großen Endkrise schließlich wie Phönix aus der Asche der ideale Zukunftsstaat der Sozialdemokratie entstehen würde. Es lagen dieser Auffassung ein extremer wirtschaftlicher Determinismus und eine völlige Unterschätzung des Eigengewichts der Politik, soweit sie nicht Organisation oder Propaganda war, aber auch der besonderen historischen, verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen Deutschlands zugrunde. Faktisch handelte es sich um eine Politik des Immobilismus, in der die Bedeutung konkreter Reformarbeit unterschätzt wurde und in der es keine klaren Vorstellungen über den Weg zur Gewinnung der Macht gab.¹⁹⁾

¹⁸⁾ So schrieb Bernstein an Bebel in einem Brief vom 20. Oktober 1898: „Ich will daher auch gar nicht die wirkliche Politik der Partei reformieren ... wonach ich strebe und ... als Theoretiker auch streben muß, ist Einheit zwischen Theorie und Wirklichkeit, zwischen Phrase und Aktion herzustellen.“ *Victor Adler*, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt u. erl. v. Friedrich Adler. Hrsg. v. Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien 1954, 259.

¹⁹⁾ Vgl. *Karl Kautsky*, Ein sozialdemokratischer Katechismus, in: *Neue Zeit* XII, 1893/94, Bd. 1, 368. In dem Werk von *Gilcher-Holtey*, Das Mandat des Intellektuellen (wie Anm. 12), wird Kautsky gegen den Vorwurf eines rein ökonomischen Determinismus in Schutz genommen und betont, daß auch

Bernstein hatte versucht, mit seiner Kritik der Parteidoktrin zu erreichen, daß man in der von ihm aufgewerteten praktischen Tätigkeit der Arbeiterorganisationen das Mittel zum Aufbau der sozialistischen Zukunft, das Instrument zur Durchsetzung einer wahren Demokratie in Deutschland sähe. Bei dem Kampf um die Verwirklichung dieser Ziele sollte die Sozialdemokratie als eine „demokratisch-sozialistische Reformpartei“²⁰⁾ bewußt auch die Zusammenarbeit mit bürgerlich-demokratischen Kräften suchen.

Die Partei hat als ganze vor dem Ersten Weltkrieg nicht die Kraft gefunden, aus den von Bernstein aufgezeigten Realitäten die notwendigen Konsequenzen zur Änderung ihrer Theorie, ihrer Strategie und ihrer Taktik zu ziehen. Der Revisionismus Bernsteins wurde mehrfach, zuletzt auf dem Parteitag in Dresden 1903, verurteilt.

Die Politik der politischen Abstinenz und des Abwartens wurde schließlich nicht nur von rechts – von den Reformisten und Revisionisten –, sondern vor allem seit der Russischen Revolution von 1905 auch von einem linksradikalen Parteiflügel um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kritisiert. Deren Meinung nach sollten die revolutionären Aspekte der Parteitaktik stärker zum Tragen kommen und der politische Massenstreik anstelle des Wahlkampfes und der parlamentarischen Agitationsarbeit zum entscheidenden, die Massen aktivierenden und schulenden Kampfmittel der Sozialdemokratie werden.

II.

Der Revisionismus und Reformismus wie auch der Radikalismus waren keine einheitlichen geschlossenen Konzepte. Die Revision der überkommenen Theorie und der aus ihr abgeleiteten politi-

für ihn der Klassenkampf des Proletariats, der von der Erkenntnis der von Marx prognostizierten historisch-ökonomischen Entwicklungstendenzen geleitet werden sollte, ein wesentliches Element seiner Theorie und seiner politischen Strategie für die Transformation der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft gewesen sei. Kautsky hat jedoch nicht gesehen, daß die Prognose von Marx in vielen Punkten nicht der Wirklichkeit moderner kapitalistischer Gesellschaften entsprach und seine Theorie als Instrument zur Veränderung des Kaiserreiches versagte, indem sie den Weg der evolutionären Reform faktisch ausschloß, ohne eine realistische revolutionäre Alternative zu bieten.

²⁰⁾ *Eduard Bernstein*, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899, 165.

schen Strategie und Praxis betraf, wenn man von Ausnahmen – wie Bernstein – absieht, meist nur bestimmte Aspekte der Parteitätigkeit, in denen man durch Korrektur dogmatischer Festlegungen mehr Bewegungsfreiheit für die eigene konkrete Arbeit erreichen wollte. Die typischen Reformisten – die sozialdemokratischen Abgeordneten der süddeutschen Landtage, die Kommunalpolitiker, die Vertreter der Partei in den gewählten Körperschaften der Sozialversicherung und anderen sozialpolitischen Institutionen des Kaiserreiches sowie auch die meisten Gewerkschaftsführer – gingen theoretischen Fragen und grundsätzlichen Auseinandersetzungen möglichst völlig aus dem Weg, um nicht nach ihrer Meinung unnötige Widerstände gegen ihre Politik zu mobilisieren.²¹⁾

Der Reformismus war so vor allem eine Konsequenz aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung zur Massenbewegung und der damit verbundenen immer weiteren Ausdehnung ihres Tätigkeitsfeldes. Dahinter stand die Notwendigkeit, neben der Vertröstung auf die vage und allmählich verblässende Utopie des sozialistischen Zukunftsstaates, für die konkreten Interessen der Arbeiter einzutreten und sich daher den Bedingungen einer erfolgreichen praktischen Arbeit anzupassen; das hieß, man mußte die Regeln der Institutionen, in denen man wirkte, akzeptieren und zur Überwindung der politischen und sozialen Isolation der Arbeiterorganisationen Bündnispartner in anderen sozialen Lagern und bei anderen politischen Kräften suchen. Daher waren Reformismus und Revisionismus auch nicht mit Resolutionen – wie der des Dresdener Parteitages von 1903 – auszumerzen. Ihnen wuchsen vielmehr wie der Hydra der Sage immer neue Köpfe nach.

Die Chancen erfolgreicher praktischer Arbeit und damit die Entwicklung reformistischer Tendenzen in der Partei wurden weitgehend durch die Umwelt der Arbeiterorganisationen bestimmt, die

²¹⁾ Typisch dafür ist die Haltung Vollmars, des wichtigsten Führers der Reformisten, zum Vorgehen Bernsteins. In einem Brief vom 28. 10. 1899 kritisiert er Bernstein, mit dem er in vielen Punkten übereinstimme, wegen seiner „Hypertrophie des Gewissens“, seinem „Drang des Bekennens und Aufschens“. Seit dem Parteitag von Erfurt 1891, auf dem Vollmars reformistische Ansichten scharf kritisiert worden waren, rede er weniger und handle mehr. „Die Straße ist jetzt frei für die naturgemäße Entwicklung – man darf der Kolonne nur keine übermäßigen Marschleistungen zumuthen, dann wird Alles gehen. Die ‚Eroberung der politischen Macht‘ wird umso größere Fortschritte machen.“ Vollmar an Bernstein, 28. 10. 1899, Nachlaß Vollmar im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, Nr. 2368.

trotz ihrer Tendenz zur Ausbildung einer eigenen Subkultur und ihrer Forderung nach revolutionärer Transformation der bestehenden Ordnung ein systemimmanenter Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft waren und daher in enger Wechselwirkung mit dieser standen.

Die regionale Stärke des Reformismus oder Radikalismus war mit der regional vorgefundenen Sozial- und Wirtschaftsstruktur und dem Charakter der Arbeiterschaft, vor allem aber mit den politischen Rahmenbedingungen und hier besonders mit der Position der Sozialdemokratie im Parteiensystem und in den Landtagen der deutschen Einzelstaaten eng verbunden. Diese Position wiederum hing weitgehend von dem bestehenden Landtagswahlrecht ab, das im Vergleich zu dem relativ demokratischen Reichstagswahlrecht meist eine erhebliche Diskriminierung der ärmeren, der Sozialdemokratie besonders nahestehenden Bevölkerungsschichten enthielt.

Die Demokratisierung des Wahlrechts der Einzelstaaten wurde so mehr und mehr zu der zentralen politischen Forderung der Sozialdemokratie. Die Erfolgchancen der Partei waren dabei sehr unterschiedlich. In Preußen, dem mit Abstand größten Bundesstaat, haben die Interessen der Regierung und der den Landtag dominierenden Parteien jede Reform des extrem undemokratischen Dreiklassenwahlrechts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges verhindert. Die unterschiedliche Gewichtung der Stimmen nach der Höhe der Steuerleistung hat die Sozialdemokratie hier bis 1908 völlig aus dem Landtag ausgeschlossen und sie danach bei einem Stimmenanteil von 24–28% auf einen Mandatsanteil von nur etwa 2% beschränkt.²²⁾

In Sachsen, dem am stärksten industrialisierten deutschen Bundesstaat und einer frühen Hochburg der Sozialdemokratie, war das Landtagswahlrecht der Männer – Frauen waren vom Wahlrecht im Reich und allen deutschen Staaten bis zur Revolution 1918/19 ausgeschlossen – an die Zahlung einer direkten Steuer von 3 Mark jährlich oder den Besitz eines bewohnbaren Grundstücks gebunden. Nach diesem Zensus hatte zunächst etwa die Hälfte, in der Mitte der 1890er Jahre noch immer ein Drittel der sächsischen Reichstagswähler kein Wahlrecht zum Landtag. Da die in der sächsischen Politik

²²⁾ Vgl. *Gerhard A. Ritter* unt. Mitarb. v. *Merith Niehuss*, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918*. München 1980, 140, 146.

dominierenden Parteien – die Konservativen und die Nationalliberalen – befürchteten, daß mit der sukzessiven Erweiterung der Wählerschaft durch die Zunahme der Steuerzahler die Sozialdemokraten den Landtag erobern könnten, haben sie 1896 dieses Wahlrecht durch ein Dreiklassenwahlrecht, das mit einigen Änderungen das preußische Modell übernahm, ergänzt. Das neue System führte dazu, daß die Sozialdemokratie, die in der Reichstagswahl von 1903 mit knapp 60% der Stimmen 22 der 23 sächsischen Wahlkreise gewonnen hatte, völlig aus dem sächsischen Landtag verschwand.²³⁾ 1909 wurde dann nach umfangreichen statistischen Untersuchungen über die Sozialstruktur der Wählerschaft Sachsens und der Diskussion fast aller in der Zeit praktizierten Wahlsysteme²⁴⁾ das bestehende Verfahren erneut durch ein Pluralwahlrecht ersetzt, das dem einzelnen Wähler je nach Besitz, Einkommen, Bildung und Alter zwischen 1 und 4 Stimmen gewährte. Das gab der Sozialdemokratie zwar die Chance, ein gutes Viertel der Landtagssitze zu gewinnen, schloß jedoch eine sozialdemokratische Mehrheit auch für die Zukunft praktisch aus.

Ähnlich wie in Sachsen wurde auch im Herzogtum Braunschweig und in den Stadtstaaten Hamburg und Lübeck das Wahlrecht zuungunsten der Unterschichten und damit der Sozialdemokratie verändert.

Der Kampf gegen diese undemokratischen Wahlsysteme wurde zum Anlaß großer Massendemonstrationen und schürte die Diskussion über den politischen Massenstreik; er war damit auch die stärkste Triebkraft der Radikalisierung innerhalb der Sozialdemokratie in den letzten 10 Jahren vor dem Ersten Weltkrieg.

In auffälligem Kontrast zu der Einengung der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten in wichtigen Staaten Nord- und Mitteldeutschlands steht die Demokratisierung des Wahlrechts seit der

²³⁾ Ebd. 172.

²⁴⁾ Vgl. Statistik der Urwahlen für die Zweite Kammer der Ständeversammlung in den Jahren 1897 bis 1901, nebst Nachtrag betreffend die Urwahlen von 1903, in: Zs. des K. Sächsischen Statistischen Bureaus 49, 1903, 1–64. Zur Diskussion der Wahlsysteme vgl. *Gerhard A. Ritter*, Das Wahlrecht und die Wählerschaft der Sozialdemokratie im Königreich Sachsen 1897–1914. Das Manuskript wird 1990 in einem von *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit von *Elisabeth Müller-Luckner* herausgegebenen Sammelband erscheinen, der den Arbeitstitel „Der Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisationen zur Massenbewegung im deutschen Kaiserreich“ trägt.

Jahrhundertwende in Bayern, Württemberg und Baden, durch die geradezu eine neue politische Mainlinie²⁵⁾ in Deutschland geschaffen wurde. Vor allem in Bayern und Baden hat die Sozialdemokratie bei den Wahlrechtsreformen eine wesentliche Rolle gespielt.

Drei Bedingungen waren dabei für den Erfolg sozialdemokratischer Politik wesentlich. 1. Der Versuch breiter politischer Kräfte, die Dominanz einer Partei – in Bayern und Baden die der Nationalliberalen – in der Landespolitik zu brechen. Diese Bedingung fehlte in Württemberg, wo sich seit den 1890er Jahren ein Fünf-Parteien-System aus Zentrum, Nationalliberalen, Konservativen, Volkspartei und Sozialdemokratie herausbildete. In diesem Land bestand aber eine traditionell enge Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der auf dem äußersten linken Flügel des Liberalismus stehenden Württembergischen Volkspartei. Diese Verbindung kam allerdings bei Stichwahlen eher der Volkspartei, die von Wählern der Rechten gegen die Sozialdemokratie, von Sozialdemokraten gegen Kandidaten der Rechten unterstützt wurde, als der SPD zugute. 2. Die Sozialdemokratie konnte in Bayern, Württemberg und Baden, im Unterschied etwa zu Sachsen, Braunschweig, Hamburg, Bremen und Lübeck, auch bei Reichstagswahlen bis 1912 nur weniger als ein Drittel der Wähler gewinnen und hatte daher – auch bei einer Demokratisierung des Wahlrechts – auf absehbare Zeit keine Chance, eine Mehrheit des Landtags zu erobern. 3. Die Bereitschaft der anderen, an einer Reform des Wahlrechts interessierten Parteien, mit der SPD zusammenzuarbeiten, und das Bemühen der Sozialdemokratie, ihre politische Isolation zu überwinden und dafür auch Abstriche an ihren ursprünglichen Forderungen in Kauf zu nehmen.

Die durch diese Bedingungen geförderte reformistische Politik drückte sich vor allem in taktischen Bündnissen bei Landtagswahlen und der parlamentarischen Beratung der neuen Wahlgesetze, aber auch in der Bereitschaft zur konkreten positiven Mitarbeit in anderen Fragen der Landespolitik aus. Die Flexibilität der Sozialdemokratie wird deutlich an ihrem politischen Kurswechsel nach dem Erfolg der Wahlreformen. In Bayern und Baden wurde die bisherige Zusammenarbeit mit dem Zentrum, das nun zur dominierenden politischen Kraft wurde bzw. zu werden drohte, zugunsten der An-

²⁵⁾ Vgl. *Julius Bruhns*, Wahlrechtsfragen in Süd und Nord, in: Sozialistische Monatshefte 1906, Bd. I, 198.

näherung an die Liberalen aufgegeben, mit denen es in Baden sogar zeitweise zur engen Zusammenarbeit im Rahmen eines die Regierungspolitik stützenden Großblocks kam.²⁶⁾

Die Sozialdemokratie hat also in Süddeutschland – im Unterschied zu Nord-, Mittel- und Ostdeutschland – ihre politische Isolierung überwunden und sowohl bei Wahlen wie auch im Landtag eng mit anderen Parteien zusammengearbeitet.

Eine weitere Einbruchsstelle des Reformismus war neben der Landtagspolitik in Süddeutschland die Kommunalpolitik, die aber wegen der geringen Erfolgchancen der Sozialdemokratie aufgrund des undemokratischen Kommunalwahlrechts in den meisten deutschen Staaten und der Staatsbezogenheit der Sozialdemokratie erst etwa seit der Jahrhundertwende größere Aufmerksamkeit in der Partei fand.²⁷⁾ Sie wurde eine Domäne der Reformisten und politischen Pragmatiker. Obwohl Karl Marx, inspiriert vom Modell der Pariser Kommune 1871, in seiner berühmten Adresse über den „Bürgerkrieg in Frankreich“ die Bedeutung der Kommunen als revolutionärer Kampforgan und Modell einer Diktatur des Proletariats herausgearbeitet hatte²⁸⁾, spielte die Gemeinde in der Theorie und der praktischen Politik der Linken, die ganz auf die Revolutionierung der Bevölkerung durch Massenaktionen zugeschnitten war, keine Rolle.²⁹⁾ So hat beispielsweise die in ihrer Mehrheit radikale Bremer Sozialdemokratie die Kommunalpolitik der reformistischen Minderheit der Partei überlassen.³⁰⁾

Die Reformisten sahen in den Gemeinden vor allem Instrumente, um die soziale Emanzipation der Arbeiterschaft im Rahmen des gegebenen Staates zu fördern und die Lebensbedingungen der

²⁶⁾ *Heinrich Hirschfelder*, Die bayerische Sozialdemokratie 1864–1914. 2 Teile. Erlangen 1979, T. II, bes. 513–519; *Beverly Heckart*, From Bassermann to Bebel. The Grand Bloc's Quest for Reform in the Kaiserreich, 1900–1914. New Haven/London 1974, 91 ff.

²⁷⁾ Vgl. dazu *Dieter Rebentisch*, Die deutsche Sozialdemokratie und die kommunale Selbstverwaltung. Ein Überblick über Programmdiskussion und Organisationsproblematik 1890–1975, in: AfS 25, 1985, 1–78, bes. 10–20.

²⁸⁾ *Karl Marx*, Der Bürgerkrieg in Frankreich (3. Aufl. Berlin 1891), in: Marx-Engels-Werke. Bd. 17. Berlin (Ost) 1962, 313–362, bes. 342.

²⁹⁾ *Adelheid von Saldern*, Die Gemeinde in Theorie und Praxis der deutschen Arbeiterorganisationen 1863–1920. Ein Überblick, in: IWK 12, 1976, 295–352, bes. 316 f.

³⁰⁾ Vgl. *Karl-Ernst Moring*, Reformismus und Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei Bremens von 1890–1914. Hannover 1968, bes. 166 f.

Arbeiter zu verbessern. Sie hatten richtig erkannt, daß die konkreten Lebenschancen der Menschen wesentlich von der Bereitstellung kommunaler Dienstleistungen über das Schul-, Gesundheits- und Armenwesen der Gemeinden bestimmt wurden. Einige Sozialdemokraten, wie Eduard Bernstein und vor allem Hugo Lindemann, der an der Herausbildung einer sozialdemokratischen Kommunalpolitik entscheidend beteiligt war³¹⁾, entwickelten zudem, z. T. im Anschluß an zeitgenössische englische Vorbilder, die Idee eines Kommunal- und Munizipalsozialismus. Durch eine Erweiterung des Ent eignungsrechts der Gemeinden, die Demokratisierung des Wahlrechts und eine von sozialen Gesichtspunkten bestimmte Arbeiter- und Sozialpolitik der Gemeinden, vor allem aber durch die Errichtung kommunaler Eigenbetriebe mit Monopolcharakter, sollten die Kommunen bei der allmählichen Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft eine wesentliche Rolle spielen. Die Modernisierung und der Ausbau der Infrastruktur durch städtische Monopolbetriebe fand bei der kommunalen Bürokratie, aber auch bei vielen Liberalen Unterstützung. Sie begrüßten die Verbesserung der städtischen Lebensverhältnisse und der Rahmenbedingungen für die einheimische Wirtschaft durch die meist ökonomisch leistungsfähigen kommunalen Betriebe. Das Konzept des Munizipalsozialismus als eines Instruments zur Schaffung einer sozialisti-

³¹⁾ Hugo Lindemann hat bereits Anfang 1899 in einem Artikel der ‚Neuen Zeit‘ die Schaffung einer kommunalpolitischen Zeitschrift der Sozialdemokratie und einer Leitstelle der Partei für Kommunalpolitik vorgeschlagen: C. Hugo [= Hugo Lindemann], Sozialdemokratie und Kommunalverwaltung, in: Neue Zeit XVII, 1898/99, Bd. 1, 680–686. An Kautsky, den er um die Unterstützung seiner Initiative bat, schrieb er, daß damit „Werkzeuge“ zur Ausnützung der in der Gemeinde eroberten Macht geschaffen werden sollten; Brief von Hugo Lindemann an Karl Kautsky vom 9. I. 1899, Kautsky-Nachlaß im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, D XVI, 14. Lindemann, der unter dem Pseudonym C. Hugo bereits vorher eine Studie über „Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England“, Stuttgart 1897, veröffentlicht hatte, hat seine Konzeption einer sozialen Mission der Gemeinden und von deren Aufgaben zur Umgestaltung der Gesellschaft schließlich in einem dreibändigen Werk über die deutsche Städteverwaltung niedergelegt: Die deutsche Städteverwaltung. Ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Volkshygiene, des Städtebaus und des Wohnungswesens. Stuttgart 1901; Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege in der deutschen Städteverwaltung, 2 Bde. Stuttgart 1904.

schen Gesellschaft blieb hingegen unklar³²⁾, um so mehr, als kaum realistische Vorstellungen bestanden, wie es angesichts der Stärke widerstrebender Interessen in den Städten und der Macht der staatlichen Aufsichtsbehörden konkret durchgesetzt werden sollte. Dennoch ist die kommunalpolitische Arbeit der Sozialdemokratie nicht ohne Wirkung geblieben. Sie hat bereits vor 1914 zur Politisierung der Gemeindeverwaltungen, zum Ausbau der kommunalen Sozialpolitik und vielfach auch zur Übernahme des städtischen Verkehrswesens, der Wasser-, Elektrizitäts- und Gasversorgung durch die Gemeinden beigetragen. Auch die Forderung der Gewerkschaft der Gemeindearbeiter nach der Herausbildung eines sozialen Arbeitsvertrages, durch den typische Privilegien der Beamtenschaft – wie Pensionsberechtigung, Urlaub und weitgehende Unkündbarkeit – für die Arbeiter des öffentlichen Dienstes übernommen werden sollten³³⁾, ist von sozialdemokratischen Gemeindevertretern nachdrücklich unterstützt worden.

Für die Gewerkschaften, die zur Beratung ihrer Mitglieder in Fragen des Rechtsschutzes und der Sozialversicherung und zur Koordination ihrer sozialpolitischen Tätigkeit auf lokaler Ebene seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in immer weiteren Städten Arbeitersekretariate errichteten, waren die Gemeinden vor allem als Arbeitgeber in den städtischen Betrieben sowie als Träger von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Einigungsämtern und kommunalen Arbeitsnachweisen von großem Interesse.

Aufstellungen über die Zahl der Sozialdemokraten in Gemeindevertretungen, Magistraten und Gemeindevorständen zeigen aber, wie unterschiedlich die Wirkungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie in der Gemeindepolitik in den verschiedenen Staaten und Regionen des Deutschen Reiches waren. Unter ihren fast 12000 Gemeindevertretern 1913 entfiel – im Verhältnis zur Bevölkerungszahl – ein besonders hoher Anteil auf Sachsen, Württemberg und Baden. Dagegen gab es keine oder nur sehr wenige Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen in Ost- und Westpreußen, in Posen und Oberschlesien, im Saargebiet und am Oberrhein.

³²⁾ Vgl. *Adelheid von Saldern*, SPD und Kommunalpolitik im Deutschen Kaiserreich, in: *Archiv f. Kommunalwiss.* 23, 1984, Bd. 2, 193–214, bes. 202f.

³³⁾ Vgl. dazu *Wolfgang Kügel*, Gemeindearbeiterschaft, Stadtverwaltung und gewerkschaftliche Organisation in Deutschland 1896–1921. Ms. Phil. Diss. München 1988.

Regional noch unterschiedlicher war die Stärke der Sozialdemokratie in den Exekutivorganen der Gemeinden. Fast die Hälfte der nur 320 sozialdemokratischen Mitglieder von Magistraten und Gemeindevorständen entfiel auf Baden, der Rest zu $\frac{3}{4}$ auf Bayern und Württemberg.³⁴⁾ In Preußen wurde dagegen die Aufnahme von Sozialdemokraten in Magistrate wie auch in Schuldeputationen mit ganz wenigen Ausnahmen von den staatlichen Aufsichtsbehörden verhindert.

Es ist daher kein Zufall, daß Bayern, Baden und Württemberg, wo außerdem die Eigenart der Parteienkonstellation die Sozialdemokratie als Bündnispartner attraktiv machte, zu Zentren des Reformismus wurden, obwohl es auch in diesen Gebieten in einigen Städten zur scharfen Polarisierung der politischen und sozialen Kräfte kam. So konnten sich z. B. in Stuttgart, Göppingen und Augsburg die Radikalen in der lokalen Parteiorganisation der Sozialdemokratie durchsetzen. Insgesamt jedoch waren die Klassendifferenzen im Süden weniger ausgeprägt. Das hängt mit der im wesentlichen auf bäuerlichen Mittel- und Kleinbetrieben beruhenden Agrarstruktur, dem geringeren Urbanisierungsgrad und der größeren Rolle des Handwerks und der mittelständischen Industrie in den kleineren und mittleren Städten Süddeutschlands zusammen. Auch war die Arbeiterschaft in den Großstädten – etwa in München, Nürnberg, Stuttgart und Mannheim – sehr viel stärker diversifiziert und konnte sich aufgrund ihrer relativ starken Position auf dem Arbeitsmarkt verhältnismäßig gut gegen die Unternehmer behaupten. Insbesondere fehlte im Süden die Schwerindustrie, die etwa im Ruhrgebiet, im Saarland und in Oberschlesien entscheidend zur scharfen Polarisierung der Klassen beitrug.

Die sozialistischen Freien Gewerkschaften, die mit Abstand größten Richtungsgewerkschaften des Kaiserreiches, waren mit der Sozialdemokratie politisch, ideologisch sowie in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft eng verbunden. Gewerkschaftsführer übten zudem einen starken und seit der Jahrhundertwende zunehmenden Einfluß vor allem auf die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie aus. Die Gewerkschaften und besonders ihre Führungskader bildeten trotz der natürlich auch in ihren Reihen divergierenden Sympathien für die verschiedenen Richtungen in der Sozialdemokratie

³⁴⁾ Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Jena von 1913, Protokoll über die Verhandlungen. Berlin 1913, 26f.

mehrheitlich ein bedeutendes Potential des Reformismus in der Partei. Die eher pragmatisch-reformistische Haltung der Gewerkschaftsführer war wesentlich dadurch bedingt, daß sie zur Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder in der bestehenden Gesellschaft in deren Institutionen arbeiten mußten. Die rechtlichen Rahmenbedingungen ihres Wirkens, das Koalitions-, das Arbeits- und Sozialrecht, aber auch das Verhalten der staatlichen und kommunalen Behörden bei Arbeitskämpfen hatten zentrale Bedeutung für die Gewerkschaften und verwiesen sie auf den Staat und die Gemeinden als Adressaten ihrer Forderungen.

Reformistische Tendenzen in den Gewerkschaften wurden vor allem durch die zunehmende Arbeit von Gewerkschaftsvertretern in kommunalen Institutionen und den Organen der Sozialversicherung, durch den Ausbau des gewerkschaftlichen Versicherungswesens sowie offenbar auch durch das Vordringen von Tarifverträgen nach der Jahrhundertwende gefördert. Tarifverträge, denen ja häufig erbitterte Auseinandersetzungen vorangehen, können natürlich auch als Instrumente des Klassenkampfes zur Erweiterung gewerkschaftlicher Machtpositionen in den Betrieben ausgenutzt werden. Im Kaiserreich jedoch haben die reformistischen Elemente der Tarifverträge – die gegenseitige Anerkennung der Vertragsparteien, die Respektierung des institutionellen Rahmens und die Friedenspflicht während der Laufzeit der Verträge, die seit einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 20. Januar 1910 für die beteiligten Parteien auch rechtlich verbindlich war³⁵⁾ – von Anfang an klar überwogen. Deutlich wird das in der Tatsache, daß die Anerkennung des Tarifvertragedankens in der Gewerkschaftsbewegung 1899 erst gegen eine radikale Minderheit durchgesetzt werden mußte³⁶⁾ und daß der Gegenstand der Verträge sich ausschließlich auf Lohn- und Arbeitsbedingungen beschränkte. Kennzeichnend ist weiter, daß die Forderung der Radikalen nach Niederlegung der Arbeit zur Feier des 1. Mai oder der politische Massenstreik von den Gewerkschaftsführern u. a. mit dem Argument abgelehnt wurden, man gefährde damit

³⁵⁾ Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, N.F., Bd. 23. Leipzig 1910, 100.

³⁶⁾ Protokoll der Verhandlungen des dritten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Frankfurt am Main/Böckenheim vom 8.–13. Mai 1899. Hamburg o. J., 146 ff.

laufende Tarifverträge.³⁷⁾ Später hat Carl Legien, der führende deutsche Gewerkschaftler, die kooperative Politik von Gewerkschaften und Unternehmern in der Ende 1918 gegründeten Zentralarbeitsgemeinschaft und den Arbeitsgemeinschaften einzelner Gewerbe, die entscheidend zur Eindämmung der Revolution beitrug, als Fortsetzung der Tarifgemeinschaften in bestimmten Gewerben und Berufen vor 1914 und in den ersten Kriegsjahren verteidigt.³⁸⁾

Der Hauptwiderstand gegen die Ausbreitung von Tarifverträgen kam von den Unternehmern, die darin vielfach eine Aufwertung der Gewerkschaften und eine unannehmbare Einschränkung ihrer Freiheit in der Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen sahen. Noch 1914 wurde daher nur etwa $\frac{1}{8}$ der gewerblichen Arbeiter, aber doch immerhin jedes 3. Mitglied der Freien Gewerkschaften von Tarifverträgen erfaßt³⁹⁾, die sich besonders im Druckereiwesen, in der Holzindustrie und im Baugewerbe durchsetzen konnten. In der Schwerindustrie gab es dagegen keine Tarifverträge, und auch in der chemischen Industrie und der Textilindustrie betrafen sie nur einen sehr kleinen Anteil der hier beschäftigten Arbeitskräfte. Insgesamt waren Tarifverträge zudem überwiegend in den Klein- und Mittelbetrieben der verarbeitenden Industrie und des Handwerks verbreitet, in Großbetrieben und der Großindustrie blieb dagegen die Zahl der Tarifverträge und der von ihnen betroffenen Beschäftigten relativ gering.⁴⁰⁾

Eine weitere Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen, die auch eine der Wurzeln der radikalen Protestbewegung im Ersten Weltkrieg und der Revolution 1918/19 bildete, zeichnet sich im letzten Jahrzehnt vor 1914 ab: Vielfach weigerten sich die Unternehmer, Gewerkschaften überhaupt als Verhandlungs- und Tarifpartner anzuerkennen, und versuchten häufig erfolgreich, deren Position durch den Aufbau wirtschaftsfriedlicher sogenannter „gelber“

³⁷⁾ Vgl. *Peter Ullmann*, Tarifverträge und Tarifpolitik in Deutschland bis 1914, Frankfurt am Main 1970, 202–204.

³⁸⁾ Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 28, Nr. 50, 14. 12. 1918, 463.

³⁹⁾ Vgl. *Ullmann*, Tarifverträge (wie Anm. 37), 195, 226–229. Die von Ullmann angegebene Prozentzahl von etwa 16% tarifgebundener Arbeiter für 1911–1914 ist zu hoch, da als Bemessungsgröße die nach der Berufszählung vom Juni 1907 beschäftigten Arbeiter genommen wurden. Deren Zahl dürfte sich aber bis Mitte 1914 um mehr als ein Viertel erhöht haben.

⁴⁰⁾ Ebd. 97–100, 228.

Werkvereine zu schwächen. Auch die Angriffe auf das bestehende Koalitionsrecht und die Aussperrungen bei Arbeitskämpfen⁴¹⁾ nahmen zu. Offenbar gab es in den Beziehungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, ähnlich wie in der Wahlrechtsfrage, gegenläufige Tendenzen und Prozesse, die es unmöglich machen, die Entwicklung auf einen Nenner – den der allmählichen politischen und gesellschaftlichen Integration der Arbeiter oder den der Verschärfung der Klassenspannungen – zu bringen.

Obwohl die divergierenden Entwicklungen im Bereich der Arbeitsbeziehungen vor allem gewerbespezifisch bedingt waren, gab es doch auch eine überraschend deutliche regionale Komponente. So haben neue Forschungen von Friedhelm Boll ergeben, daß in Bayern, Württemberg und Baden die Beteiligung an Streiks weit unterdurchschnittlich, die an Tarifverträgen dagegen überdurchschnittlich war.⁴²⁾ Das Süd-Nord-Gefälle in den politischen Wirkungsmöglichkeiten der Arbeiterorganisationen fand so in dem besseren sozialen Klima der Arbeitsbeziehungen in den süddeutschen Ländern seine Ergänzung.

Es war die Stärke des Reformismus, daß er in Anpassung an die Bedingungen politischer und sozialer Arbeit in den bestehenden Institutionen des Staates und der Gesellschaft Chancen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter und zur Durchbrechung der politischen und gesellschaftlichen Isolation der Arbeiterorganisationen bot. Damit kam er dem Wunsch der Massen, konkrete Erfolge zu erzielen, stärker entgegen als der sterile Immobilismus des Parteizentrums und die letztlich zum Scheitern verurteilten Versuche des linksradikalen Parteiflügels, in der nicht-revolutionären Situation vor 1914 eine Revolution herbeizuführen. Die Reformisten hätten sich wahrscheinlich schon vor 1914 in der Partei bis auf einige Randgruppen durchgesetzt, wenn Staat und Gesellschaft dem Streben der Arbeiterschaft nach Gleichheit und

⁴¹⁾ Vgl. dazu die Tabelle über Streiks, Aussperrungen und kampflose Bewegungen 1890–1913, in: *Hohorst/Kocka/Ritter*, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II (wie Anm. 14), 132–134.

⁴²⁾ *Friedhelm Boll*, *Arbeitskampf und Region. Arbeitskämpfe, Tarifverträge und Streikwellen im regionalen Vergleich 1871–1914*, Ms., Tabellen 8 u. 11. Der Aufsatz wird in dem in Anm. 24 erwähnten Sammelband erscheinen.

Gerechtigkeit stärker entsprochen hätten und wenn auf seiten der anderen Parteien mehr Bereitschaft zu konkreter Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten gegeben gewesen wäre. Gerade auch die praktische Arbeit vermittelte in der Arbeiterbewegung immer wieder die Erfahrung mangelnder politischer Gleichberechtigung und sozialer Diskriminierung.

Die politische Isolierung der Sozialdemokratie fiel um so schwerer ins Gewicht, als sich schon vor 1914 abzeichnete, daß die Partei ohne grundlegende Erweiterung ihrer sozialen Basis keine Chance hatte, eine Mehrheit der Wähler zu gewinnen.

III.

Der regional sehr unterschiedlich verlaufende Prozeß der Ausbreitung von Mitgliedschaft und Wählerschaft der Sozialdemokratie ist noch kaum untersucht und die ihn fördernden oder hemmenden Bedingungen sind ebenso wie die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft und Wähler der Partei noch wenig analysiert worden. Das hängt mit der Dürftigkeit des vorhandenen Datenmaterials, aber auch mit schwierigen methodischen Problemen seiner Auswertung zusammen.

Eine neuere Untersuchung des DDR-Historikers Hartmut Zwahr⁴³⁾ macht für den Zeitpunkt der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien 1875 deutlich, daß der Konstituierungsraum der gewerblichen Lohnarbeiterschaft, also der wichtigsten potentiellen Anhängerschaft einer Arbeiterpartei, sehr viel weiter war als der der Arbeiterbewegung. Die Zentren der Arbeiterbewegung lagen in Norddeutschland, hier insbesondere in Schleswig-Holstein sowie den Hansestädten Hamburg und Bremen. Weitere Schwerpunkte bildeten Berlin und Mitteldeutschland, insbesondere das Herzogtum Braunschweig und das Königreich Sachsen. In diesen Gebieten lag der Anteil der Parteimitglieder weit über dem Bevölkerungsanteil. Bis auf Schleswig-Holstein, in dem vor allem die Zigarrenarbeiter der Städte Holsteins als wichtigste Berufsgruppe der frühen deutschen Arbeiterbewegung für den Erfolg der Parteiorganisation verantwortlich waren, hatten diese Gebiete auch einen hohen Anteil an gewerblichen Lohnarbeitern.

⁴³⁾ Hartmut Zwahr, Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorialvergleich 1875, in: Gg 13, 1987, 448–507.

Die Gewerbestruktur und der hohe Urbanisierungsgrad, die im allgemeinen das Vordringen der Sozialdemokratie erleichterten, reichen aber zur Erklärung der sozialdemokratischen Organisationserfolge allein nicht aus. So erwiesen sich Gebiete mit einer überwiegend katholischen Konfession, wie etwa das Rheinland und Westfalen, trotz ihres hohen Anteils an gewerblichen Lohnarbeitern als resistent gegenüber dem Vordringen der Sozialdemokratie. Auch in Bayern existierte die Sozialdemokratie, die eine frühe Hochburg in Nürnberg hatte, zunächst fast nur in protestantischen Gebieten in einer Art Insellage. Weiter spielten die Zusammensetzung und der Typus der Arbeiterschaft für die Aussichten der Sozialdemokratie eine wesentliche Rolle. Innerhalb der Lohnarbeiterschaft haben handwerkliche Herkunft, Mentalität und Traditionen die Erfassung durch die Sozialdemokratie erleichtert, während die Zuwanderung vom Land wie die Arbeit in der Landwirtschaft, aber auch in der Schwerindustrie, sie erschwerten.

Neben diesen ökonomischen, sozialen und konfessionellen Faktoren haben freilich auch die historische Tradition der einzelnen Gebiete, das politische Milieu der deutschen Staaten, die Kontinuität zur Revolution von 1848/49 und die Rolle einzelner politischer Führer und politischer Ideologien die relative Stärke bzw. Schwäche der Sozialdemokratie mitbestimmt.

Für die Zeit der Verfolgung der Partei während des Sozialistengesetzes 1878–1890 haben wir keine und danach für die Jahre bis 1906 nur verstreute Angaben über die Mitgliedschaft einzelner lokaler und regionaler Organisationen. Das hängt damit zusammen, daß erst in einem Parteistatut von 1905 eine feste Definition der Mitgliedschaft erfolgte. Eine derartige Bestimmung hätte die Partei in Konflikt mit dem in den meisten Staaten des Deutschen Reiches bis 1899 bestehenden Verbindungsverbot für politische Parteien gebracht und sie der Gefahr der Auflösung ausgesetzt.⁴⁴⁾ Während

⁴⁴⁾ Vgl. die Reden Auers auf dem Parteitag in Halle 1890, Protokoll 115–128, bes. 117, und auf dem Parteitag in Mainz 1900, Protokoll 131–138, bes. 136; vgl. weiter den Bericht der Parteileitung an den Parteitag zu Gotha 1896 über die vorläufige Schließung der sechs Berliner Wahlvereine der Sozialdemokratie, der Preßkommission des Zentralblattes ‚Vorwärts‘, der Agitationskommission und des Parteivorstandes durch den preußischen Innenminister Köller unter Berufung auf das Verbindungsverbot politischer Parteien in Preußen (Protokoll 20ff.). Nach der Bestätigung des Verbotes in der ersten Instanz wurde die Sozialdemokratie allerdings vom Berufungsgericht und

1876 die Partei etwas über 38 000 Mitglieder hatte ⁴⁵⁾, kann man für Ende 1890 nach Schätzungen, die im wesentlichen auf der Zahl der Abonnenten sozialdemokratischer Zeitungen und örtlichen Angaben beruhen, von knapp 100 000 Mitgliedern ausgehen.⁴⁶⁾ Vom Jahr 1907, für das wir erstmals zuverlässige Angaben haben, bis 1914 stieg die Mitgliederzahl von gut einer halben auf knapp 1,1 Millionen auf etwa das Doppelte.⁴⁷⁾ Ein Teil dieser Steigerung ist auf Frauen zurückzuführen, die sich erst seit dem Reichsvereinsgesetz von 1908 überall in Deutschland der Sozialdemokratie anschließen konnten und schließlich etwa jedes 6. Mitglied der Partei stellten. Die im Vergleich zum Trend der Mitgliedszahlen in den Freien Gewerkschaften und zur zahlenmäßigen Entwicklung der sozialdemokratischen Wähler besonders starke Zunahme der Parteimitglieder 1907–1914 war aber nicht kontinuierlich. Die Mitgliedszahlen stagnierten in den Jahren schlechter wirtschaftlicher Konjunktur 1908/09 und 1912/13 und stiegen – aufgrund der verstärkten agitatorischen Wirksamkeit der Partei – in den Jahren vor Reichstagswahlen überproportional an.

dem Reichsgericht als letzter Instanz freigesprochen: vgl. *Gerhard A. Ritter*, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900. 2. Aufl. Berlin 1963, 31.

⁴⁵⁾ Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876. Berlin 1876, 109.

⁴⁶⁾ *Helmuth Hesselbarth*, Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus. Berlin (Ost) 1968, 20f., schätzt die Zahl der Mitglieder 1890 auf 75 000, wobei er die Steigerung der Abonnentenzahl der Partei- und Gewerkschaftspresse von 160 000 bis 170 000 vor dem Sozialistengesetz, als die Partei etwa 35 000 Mitglieder hatte, auf 455 000 1890 als Anhaltswert gibt. Bei einem gleichen Verhältnis hätte die Zahl der Parteimitglieder jedoch dann knapp 100 000 betragen müssen. Vgl. weiter die Angaben über eine Reihe lokaler und regionaler Organisationen 1890 bis 1905 bei *Dieter Fricke*, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917. 2 Bde. Berlin (Ost) 1987, Bd. 1, 306f., 314f.; gewisse Hinweise auf den Trend der Mitgliederentwicklung der Partei geben auch die Angaben über die von den lokalen Parteiorganisationen an die Parteizentrale abgeführten Beiträge der Mitglieder; vgl. dazu *Ritter*, Arbeiterbewegung (wie Anm. 44), 60f., 228f.

⁴⁷⁾ *Fricke*, Handbuch (wie Anm. 46), Bd. 1, 308.

Tab. 1 Mitgliedschaft und Wählerschaft der sozialdemokratischen Agitationsbezirke 1907⁴⁸⁾

Agitationsbezirk	Einwohnerzahl nach der letzten Volkszählung	SPD-Mitglieder	SPD-Mitgl. in ‰ der Einwohnerzahl	Stimmen f. d. SPD in ‰ d. gültigen Stimmen	SPD-Mitgl. in ‰ der SPD-Stimmen	Protestantische Bevölkerung in ‰ der Einwohnerzahl
Mecklenburg	728 496	— ^{a)}	—	33,7	—	97,5
Posen	1 986 667	251	0,01	1,9	3,9	30,5
Kattowitz	1 756 828	598	0,03	6,7	3,6	8,5
Saargebiet	607 689	224	0,04	3,4	5,7	28,2
Westpreußen	1 641 452	916	0,06	7,0	4,6	46,6
Elsaß-L.	1 814 564	3 181	0,2	23,7	3,9	21,6
Ostpreußen	2 030 176	3 951	0,2	13,5	8,8	84,7
Oberrhein (Köln)	2 755 799	8 140	0,3	11,6 ^{b)}	13,7 ^{b)}	15,5
Südbayern	3 019 494	10 300	0,3	18,0	11,7	7,1
Pommern	1 684 590	5 997	0,4	20,0	9,9	96,0
Kassel	671 113	3 273	0,5	27,0	1,0	91,6
östl. Westfalen (Bielefeld)	1 092 289	5 442	0,5	16,7	16,2	62,3
westl. Westf. (Dortmund)	2 290 395	13 412	0,6	24,7	12,8	37,3
Görlitz	682 269	4 005	0,6	29,0	10,6	85,1
Breslau	1 650 609	10 013	0,6	23,3	15,4	57,9
Oberlangenbielau	852 905	5 434	0,6	31,3	11,7	51,0
Niederrhein (Elberfeld)	3 412 734	22 591	0,7	30,9	11,2	45,1
Baden	2 010 728	13 964	0,7	23,9	15,0	38,3
Württemberg	2 370 461	16 808	0,7	27,1	14,5	66,9
Frankfurt/M.	1 718 691	12 941	0,8	25,0	15,1	61,5
Erfurt	497 907	3 926	0,8	31,8	13,4	77,8
Brandenburg	2 181 624	17 312	0,8	30,7	13,3	94,3
Nordbayern	2 619 045	23 653	0,9	22,5	21,8	43,9
Halle	1 255 465	11 442	0,9	34,8	13,7	95,8
Oldenburg	613 130	5 764	0,9	22,3 ^{c)}	20,8 ^{d)}	81,8
Magdeburg	1 225 753	11 737	1,0	38,1	12,5	93,0
Pfalz	885 833	8 612	1,0	24,7	20,8	54,2
Zwickau	648 717	6 325	1,0	47,6	11,2	95,1
Thüringen I (Weimar)	512 319	5 335	1,0	38,9	14,2	95,8
Hannover	1 787 927	18 692	1,0	28,6	18,5	86,0
Meiningen	268 916	2 940	1,1	36,1	16,4	97,5
Anhalt	328 029	3 730	1,1	42,1	13,5	95,1
Braunschweig	485 958	5 809	1,2	40,1	15,6	93,8
Gotha	170 920	2 240	1,3	45,9	13,9	98,1
Hessen	1 209 175	17 422	1,4	32,7	22,6	66,4

Agitations- bezirk	Einwohner- zahl nach der letzten Volkszäh- lung	SPD- Mitglie- der	SPD- Mitgl. in % der Ein- wohner- zahl	Stimmen f. d. SPD in % d. gültigen Stimmen	SPD- Mitgl. in % der SPD- Stimmen	Prote- stantische Bevölke- rung in % der Ein- wohner- zahl
Chemnitz	1 226 720	17 887	1,5	52,7	14,4	96,3
Dresden	1 687 798	29 308	1,7	45,7	19,9	92,2
Schleswig-H.	1 542 831	28 152	1,8	38,9 ^{e)}	24,8 ^{e)}	96,7
Thüringen II ^{f)} (Jena)	550 970	10 785	2,0	42,6	22,5	97,1
Bremen (NW)	847 665	17 179	2,0	36,5	27,3	93,3
Groß-Berlin	3 390 526	78 364	2,3	61,3	19,0	84,9
Leipzig	945 366	26 760	2,8	48,5	29,6	94,8
Lübeck	105 857	3 100	2,9	50,6	26,8	96,8
Hamburg	874 878 ^{g)}	32 551	3,7	60,6	28,8	92,3
Dt. Reich	60 641 278	530 466	0,9	28,9	16,3	62,1

^{a)} Die Gründung der Landesorganisation für die SPD Mecklenburgs erfolgte erst mit dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes am 15. 5. 1908.

^{b)} In die Stimmzahl konnte das Fürstentum Birkenfeld nicht eingerechnet werden.

^{c)} Die Stimmzahl enthält auch die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld.

^{d)} Prozentangabe bezieht sich auf die Stimmzahl einschl. der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld.

^{e)} In die Stimmzahl konnte das Fürstentum Lübeck nicht eingerechnet werden.

^{f)} Im Agitationsbezirk Thüringen II ist 1907 das Herzogtum Altenburg enthalten, das 1912 getrennt ausgewiesen wurde.

^{g)} Einschl. der Schiffsbevölkerung von 9963 Personen.

⁴⁸⁾ Für die Tab. 1 u. 2 mußten die Angaben über die Mitgliedschaft der Agitationsbezirke in den Protokollen der Parteitage von 1907 und 1912 (1907, 19, u. 1912, 66–89) mit den offiziellen Statistiken der Reichstagswahlen dieser beiden Jahre, die auch Angaben über die Einwohnerzahl bei den letzten Volkszählungen von Anfang Dezember 1905 bzw. 1910 und die Konfessionsstruktur der Wahlkreise enthalten, kombiniert werden. Die Schwierigkeit lag darin, daß die Agitationsbezirke nicht immer mit den größeren Verwaltungseinheiten Preußens, Sachsens und Bayerns übereinstimmen und teilweise aus Wahlkreisen mehrerer Staaten bestehen. Vielfach mußten deshalb die Stimmen- und Bevölkerungszahlen der Agitationsbezirke aus den einzelnen Wahlkreisen zusammengerechnet werden, um die Ergebnisse dann mit den Mitgliederzahlen zu korrelieren. Die Angaben über die von den einzelnen Agitationsbezirken erfaßten Gebiete beruhen auf dem Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags in Chemnitz 1912, 66–89. Die Wahlergebnisse und Bevölkerungszahlen stammen aus: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Ergänzungsheft zu 1907, III, 16. Jg., 97–131, u. zu 1907, IV, 16. Jg., 4–103; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 250: Die Reichstagswahlen von 1912. Berlin 1913, H. 2, 104–141, H. 3, 4–105.

Tab. 2 Mitgliedschaft und Wählerschaft der sozialdemokratischen Agitationsbezirke 1912²⁶)

Agitationsbezirk	Einwohnerzahl nach der letzten Volkszählung	SPD-Mitglieder	SPD-Mitgl. in % der Einwohnerzahl	Stimmen f. d. SPD in % d. gültigen Stimmen	SPD-Mitgl. in % der SPD-Stimmen	Protestantische Bevölkerung in % der Einwohnerzahl
Posen	2 099 867	1 235	0,06	3,8	9,5	30,8
Kattowitz	1 931 021	2 064	0,1	14,5	5,4	8,3
Saargebiet	669 856	749	0,1	5,6	10,9	28,0
Westpreußen	1 703 208	3 768	0,2	9,7	13,3	46,3
Elsaß-L.	1 874 014	6 496	0,3	31,7	5,9	21,8
Ostpreußen	2 064 175	8 909	0,4	14,8	17,3	84,3
Oberrhein	2 944 291	14 781	0,5	16,3 ^{a)}	17,3 ^{a)}	15,7
Pommern	1 717 151	11 804	0,7	24,0	15,3	95,4
westl. Westf.	2 682 669	21 750	0,8	29,1	15,3	37,0
Kassel	705 769	6 094	0,9	34,1	13,4	91,6
Südbayern	3 200 782	29 036	0,9	23,2	23,1	7,3
Baden	2 142 833	21 017	1,0	28,3	17,9	38,6
Görlitz	707 875	7 325	1,0	36,6	14,6	84,6
östl. Westfalen	1 163 885	12 176	1,0	22,1	25,5	62,5
Niederrhein	3 892 943	40 932	1,1	35,6	15,3	44,6
Meiningen	278 762	2 953	1,1	51,6	11,2	97,4
Breslau	1 714 987	19 610	1,1	30,5	21,9	57,8
Pfalz	937 085	11 856	1,3	32,2	21,0	54,1
Brandenburg	2 248 314	29 086	1,3	36,6	17,9	93,5
Oldenburg	673 626	8 810	1,3	26,8 ^{b)}	25,9 ^{c)}	81,3
Mecklenburg	746 400	10 067	1,3	36,5	17,8	96,1
Erfurt	530 775	7 368	1,4	39,1	18,3	77,9
Württemberg	2 508 585	36 150	1,4	31,6	23,5	66,8
Oberlangenbielau	872 036	12 625	1,4	37,6	21,8	51,5
Frankfurt/M.	1 856 322	26 899	1,4	30,1	23,9	61,4
Thüringen I	539 935	8 004	1,5	47,2	16,3	95,6
Gotha	182 359	2 795	1,5	54,0	13,8	97,7
Hessen	1 282 051	20 495	1,6	39,3	20,9	66,1
Nordbayern	2 749 424	44 673	1,6	30,0	29,9	43,7
Hannover	1 891 056	31 246	1,7	34,2	23,6	85,5
Magdeburg	1 248 898	24 054	1,9	44,2	20,7	93,2
Halle	1 309 510	25 432	1,9	42,6	23,2	95,7
Braunschweig	494 339	11 842	2,4	48,6	24,6	93,9
Zwickau	695 611	17 466	2,5	55,2	25,0	94,4
Chemnitz	1 312 263	36 128	2,8	60,0	24,1	95,9
Anhalt	331 128	9 264	2,8	46,2	29,4	95,2
Schleswig-H.	1 662 304	50 634	3,0	40,4 ^{d)}	39,8 ^{d)}	95,6
Groß-Berlin	3 915 694	119 769	3,1	69,1	21,2	83,4
Thüringen II	368 172	11 402	3,1	50,1	29,8	96,3
Altenburg	216 128	6 719	3,1	48,8	31,4	96,2

Agitationsbezirk	Einwohnerzahl nach der letzten Volkszählung	SPD-Mitglieder	SPD-Mitgl. in % der Einwohnerzahl	Stimmen f. d. SPD in % d. gültigen Stimmen	SPD-Mitgl. in % der SPD-Stimmen	Protestantische Bevölkerung in % der Einwohnerzahl
Dresden	1 771 117	55 885	3,2	51,0	31,7	92,3
Bremen (NW)	929 840	31 218	3,4	42,0	37,7	91,3
Leipzig	1 027 670	41 171	4,0	55,5	35,2	94,4
Lübeck	116 599	5 446	4,7	52,5	40,8	95,7
Hamburg	1 014 664 ^{c)}	60 849	6,0	61,3	44,0	91,6
Dt. Reich	64 925 993	970 112 ^{f)}	1,5	34,8	22,8	61,6

^{a)} In die Stimmzahl konnte das Fürstentum Birkenfeld nicht eingerechnet werden.

^{b)} Die Stimmzahl enthält auch die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld.

^{c)} Prozentangabe bezieht sich auf die Stimmzahl einschl. der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld.

^{d)} In die Stimmzahl konnte das Fürstentum Lübeck nicht eingerechnet werden.

^{e)} Einschl. der Schiffsbevölkerung von 10 545 Personen.

^{f)} Die hier angegebene Gesamtzahl der Parteimitglieder liegt um 2060 höher, als die Addition der Mitgliedszahlen der einzelnen Agitationsbezirke ergibt. Die Parteitagsprotokolle, denen die Angaben entnommen wurden, enthalten keine Erklärung dieser Diskrepanz. Vermutlich konnte dieser Teil der Mitglieder keinem Agitationsbezirk zugeordnet werden.

Ein Vergleich der Mitgliedschaft, Wählerschaft und Einwohnerzahl der 44 bzw. 45 sozialdemokratischen Agitationsbezirke in den hier abgedruckten, nach dem Anteil der Mitglieder an der Einwohnerzahl der betroffenen Gebiete geordneten Tabellen zeigt klar die unterschiedliche regionale Stärke der Sozialdemokratie. Bei einem Reichsdurchschnitt von 1,5 Mitgliedern der Partei auf 100 Einwohner im Jahr 1912 liegt Hamburg mit 6% eindeutig an der Spitze. Weit überdurchschnittliche Werte weisen weiter Bremen, Großberlin, Lübeck, Schleswig-Holstein, das Königreich Sachsen mit den Agitationsbezirken Dresden, Chemnitz, Leipzig und Zwickau sowie Altenburg, Anhalt und Thüringen II auf. Diese Gebiete, in denen weniger als $\frac{1}{3}$ der Reichsbevölkerung lebte, stellten 44% aller Mitglieder. Unter 0,5%, teilweise sogar unter 0,1% lagen die Mitgliederanteile in Gebieten mit einem hohen Anteil an polnisch sprechender Bevölkerung wie in Westpreußen, Posen, Oberschlesien (Kattowitz), dem stark agrarisch geprägten Ostpreußen, in Elsaß-Lothringen und dem Sargebiet, in dem eine sehr mächtige schwerindustrielle Un-

ternehmerschaft eine gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiter vor 1914 faktisch verhinderte. Auch die preußischen Provinzen mit einem hohen Anteil an katholischer Bevölkerung wie Westfalen und das Rheinland blieben trotz der Stärke ihres industriellen Sektors weit unter dem Durchschnitt. Von den süddeutschen Staaten hatten Nordbayern, die Rheinpfalz, Württemberg und Hessen etwa durchschnittliche, Südbayern und Baden unterdurchschnittliche Werte. Alle Gebiete mit einem über 1,6% liegenden, überdurchschnittlichen Anteil an Parteimitgliedern unter den Einwohnern wiesen eine klare protestantische Mehrheit von über 80% der Bevölkerung auf. Im Reichsdurchschnitt entfielen 1912 auf 100 Wähler 22,8 Mitglieder der Sozialdemokratie. Da aber alle Frauen und die Männer unter 25 Jahren kein Wahlrecht hatten, jedoch Mitglieder der Sozialdemokratie werden konnten, kann man davon ausgehen, daß nur ungefähr jeder 6. sozialdemokratische Wähler auch Mitglied der Partei war. Einen deutlich höheren Anteil der Mitglieder an den Wählern zeigten die sozialdemokratischen Hochburgen (mit Ausnahme Großberlins) sowie Nordbayern, das mit dem Raum um Nürnberg ein altes Zentrum der Sozialdemokratie einschloß. Dagegen war der Prozentsatz der Mitglieder an den Wählern in den Gebieten mit einer nur geringen Wählerschaft der Sozialdemokratie besonders niedrig. Auffällig ist auch der unterdurchschnittliche Anteil der Mitglieder an den Wählern der Sozialdemokratie in den Gebieten mit starker polnischer Bevölkerung, in den agrarisch bestimmten Provinzen Pommern und Ostpreußen sowie in Mecklenburg und in den Gebieten mit einer überwiegend katholischen Bevölkerung wie dem Oberrhein, dem Niederrhein, dem westlichen Westfalen und Baden. Der deutliche Kontrast zwischen der fast dem Reichsdurchschnitt der Partei entsprechenden Wählerschaft der Sozialdemokratie in Elsaß-Lothringen von etwa 32% und der sehr geringen Zahl der Parteimitglieder von nur 5,9% der Wähler ist wahrscheinlich dadurch zu erklären, daß das offene Bekenntnis zur Sozialdemokratie im Reichsland vermieden wurde, während sie als radikale Oppositionspartei die Stimmen von Autonomisten und als „deutsche Partei“ die Stimmen nichtsozialistischer „deutscher“ Wähler gegen Kandidaten der Elsaß-Lothringer oder der unabhängigen Lothringer erhalten konnte.

Ein Vergleich der Mitgliederzahlen 1907 und 1912 zeigt keine großen Verschiebungen in der relativen Stärke der Sozialdemokratie in den einzelnen Gebieten. In allen Agitationsbezirken, außer

dem nur aus zwei Wahlkreisen bestehenden Sachsen-Meiningen, stieg der Anteil der Parteimitglieder an den Einwohnern. Überdurchschnittliche Zuwachsraten wiesen Südbayern, das östliche Westfalen, Württemberg, Braunschweig, das sächsische Zwickau und Anhalt, unterdurchschnittliche z. B. Großberlin und Hessen auf.

Schwieriger als die Frage nach der regionalen Stärke der Sozialdemokratie ist die nach der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft zu beantworten. Es gibt leider keine die Gesamtheit der Mitglieder erfassende oder doch wenigstens für sie repräsentative Statistik über deren Gewerbe- und Berufszugehörigkeit. Alle Aussagen müssen daher aus verstreuten Informationen über die Sozialstruktur einzelner lokaler Parteiorganisationen zusammengetragen werden. Sie gliedern die Mitglieder teilweise nach mehr als 100 Berufen auf und stimmen weder untereinander noch mit den Kategorien der Berufsstatistik des Reiches überein.

Trotzdem ergibt sich ein erstaunlich klares Bild aus diesen inkohärenten Informationen. Nach der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder war die Sozialdemokratie vor 1914 eindeutig eine Arbeiterpartei. In fast allen Orten, von denen wir Angaben über die Berufe der Parteimitglieder haben, gehörten etwa 85–95% von ihnen zur Arbeiterschaft. In Düsseldorf, wo eine besonders radikale sozialdemokratische Parteiorganisation in erbitterten Auseinandersetzungen mit dem vom Katholizismus dominierten politisch-sozialen Milieu stand, waren es 1906 sogar 98%. Nur in München mit seinem starken Anteil an Kleinbetrieben und selbständigen Handwerksmeistern stellten Kleinbürger über 20% der Mitglieder.⁴⁹⁾

⁴⁹⁾ Vgl. *Robert Michels*, Die deutsche Sozialdemokratie I. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: *Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpolitik* 23, 1906, 471–556, bes. 502–509; *Fricke*, Handbuch (wie Anm. 46), Bd. I, 316–335; *Statistische Erhebungen über die Partei-Organisation Groß-Berlins 1906*, Berlin 1907, bes. 138–140; *Adelheid von Saldern*, Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschichten Göttingens 1890–1920. Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung, Berlin 1973, 114; *Karl Ditt*, Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914, Dortmund 1982, 250; *Stanley Suval*, Electoral Politics in Wilhelmine Germany, Chapel Hill London 1985, 86; *Mary Nolan*, Social Democracy and Society. Working-class Radicalism in Düsseldorf, 1890–1920, Cambridge etc. 1981, 102; *Ralf Lützenkirchen*, Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Dortmund-Hörde. Ein Beitrag zur Parteiengeschichte, Dortmund 1970, 123; vgl. weiter *Adelheid*

Besonders in den Arbeitervierteln der protestantischen Großstädte waren unter den kleinbürgerlichen Mitgliedern, wie etwa Zigarrenhändlern, Friseuren, Schuhmachern, Lebensmittelhändlern oder Gastwirten, zudem viele, die von Arbeitern als ihren Kunden oder Gästen ökonomisch abhängig waren. Besonders in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890, aber auch noch in den folgenden 10 bis 15 Jahren bis zur Herausbildung eines größeren Stamms hauptamtlicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre haben solche, im Kleinbürgertum wurzelnde Sozialdemokraten neben den Redakteuren, Expedienten und Verlegern der Parteizeitungen sogar häufig den aktiven Kern der örtlichen Parteiorganisation gestellt. Bei ihnen handelte es sich vielfach um frühere Arbeiter, die wegen der Beteiligung an Streiks oder wegen ihrer aktiven Tätigkeit in der Sozialdemokratie entlassen worden waren. Vor allem die Gastwirte, deren Lokale oft zum Treffpunkt der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder und zum Ort für die Abhaltung von Versammlungen wurden, haben in der Partei einen erheblichen Einfluß ausgeübt und z. B. die Bekämpfung des Alkoholismus oder den Aufbau von Gewerkschaftshäusern als alternativer Versammlungsstätten aufgrund ihrer ökonomischen Interessen verhindert bzw. verzögert.⁵⁰⁾ Auch unter den Abgeordneten der Partei, die natürlich nicht gleichzeitig ein parlamentarisches Mandat ausüben und als Arbeiter tätig sein konnten, und den Reichstagskandidaten waren Kleinbürger überproportional vertreten.⁵¹⁾ Bis 1914 haben sich 182 oder mehr als ein Viertel (27%) der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten bei den Wahlen von 1898 bis 1912 als Handwerksmeister, Kleinfabrikanten, (Klein-)Kaufmänner oder Gastwirte selbständig gemacht. Bei all diesen Selbständigen handelte es sich jedoch um ehemalige Arbeiter und Handwerker.⁵²⁾

von Saldern, Wer ging in die SPD? Zur Analyse der Parteimitgliedschaft in wilhelminischer Zeit, Ms., bes. 2–9; der Aufsatz wird in dem in Anm. 24 erwähnten Sammelband veröffentlicht.

⁵⁰⁾ *Michels*, Deutsche Sozialdemokratie (wie Anm. 49), bes. 546–549.

⁵¹⁾ Vgl. für 1890 *Ritter*, Arbeiterbewegung (wie Anm. 44), 82. Für die Zeit nach 1898 vgl. *Wilhelm Heinz Schröder* (Bearb.), Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918. Biographisch-Statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986, bes. 34.

⁵²⁾ *Ders.*, Die Lebensläufe der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten: Ausgewählte Fragen und Materialien, Ms., 17; der Aufsatz wird in dem in Anm. 24 erwähnten Sammelband veröffentlicht.

Angehörige des mittleren und gehobenen Bürgertums fielen in der Gesamtmitgliedschaft zahlenmäßig nicht ins Gewicht, wenn auch Akademiker und andere Intellektuelle in einzelnen Parteigruppen und besonders bei der innerparteilichen Diskussion von Grundsatzfragen sowohl bei den Revisionisten als auch bei den Radikalen eine erhebliche Rolle spielten.

Unter den Arbeitern in der Partei waren Facharbeiter, die auch den weit überwiegenden Teil der Gewerkschaftsmitglieder stellten⁵³⁾, gegenüber ungelerten Arbeitern, die nur 10–25% der Mitglieder ausmachten, weit überrepräsentiert. Auch von den Reichstagskandidaten 1898–1912 waren nur 76 oder 11,3% ungelernete oder angelernte Arbeiter, während 529 oder 78,5% eine handwerkliche Lehre oder eine Ausbildung als industrielle Facharbeiter absolviert hatten.⁵⁴⁾ Die Schwierigkeit, ungelernete Arbeiter zu organisieren, war nicht nur eine Folge ihrer niedrigen Löhne und häufig unstetigen Beschäftigung, an der die Zahlung von regelmäßigen Mitgliedsbeiträgen oft scheiterte. Ungelernete Arbeiter, besonders die Bauhilfsarbeiter und die Arbeiter der Industrie der Steine und Erden⁵⁵⁾, waren vielfach ländlich-agrarischer Herkunft und blieben zudem häufig als Besitzer von bäuerlichen Zwergbetrieben, die nur in der Saison in der Stadt arbeiteten, dieser Herkunft weiter verbunden. Das erschwerte ihre Organisation durch die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie war ihrer sozialen Zusammensetzung nach so keine Partei der Ärmsten und hat sich um die oft verächtlich als „Lumpenproletariat“ bezeichneten⁵⁶⁾, teilweise kriminellen

⁵³⁾ Vgl. *Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde*, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: *Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1976, bes. 82 ff.

⁵⁴⁾ *Schröder*, Lebensläufe (wie Anm. 52), Ms. 11. Der Anteil der ungelerten Arbeiter wäre noch geringer, wenn nicht die 29 „gelernten“ Tabakarbeiter (4,3%) zu den ungelerten Arbeitern gerechnet worden wären.

⁵⁵⁾ *Gerhard A. Ritter*, Gewerbliche Zusammensetzung und innere Schichtung der industriellen Arbeiterschaft im Kaiserreich, in: *Wolfgang Jacobmeyer* (Red.), *Industrialisierung, sozialer Wandel und Arbeiterbewegung in Deutschland und Polen bis 1914*, Braunschweig 1983, 91–115, bes. 101–103.

⁵⁶⁾ Typisch für diese Einstellung ist Kautskys Kritik an der sozialistischen Bewegung in England in einem Brief an Bernstein vom 24. 10. 1886: „Da man absolut keinen Einfluß auf die arbeitenden Klassen hat, will man [d. h. die Social Democratic Federation] mit den unemployed, zu deutsch dem

Randexistenzen der Gesellschaft, wie die Wanderarmen, kaum gekümmert. Auch die Armut und das Armenwesen wurden erst mit dem stärkeren Engagement der Partei in der Kommunalpolitik seit der Jahrhundertwende zum Gegenstand intensiverer sozialdemokratischer Reformbestrebungen.

Unter den Facharbeitern in der Partei war der Anteil der verschiedenen Berufe natürlich je nach der ökonomischen Struktur des Ortes sehr unterschiedlich. Offenbar spielten jedoch überall die meist in kleineren und mittleren Betrieben beschäftigten Facharbeiter des Baugewerbes – vor allem Maurer und Zimmerer – eine wesentliche Rolle. Auch die Beschäftigten der Holzindustrie, die Facharbeiter der metallverarbeitenden Industrie und des Maschinenbaus waren in der Parteimitgliedschaft stark vertreten, sofern es entsprechende Industriezweige am Ort gab. Dagegen waren Bergarbeiter, die im Ruhrgebiet und in Oberschlesien oft mit dem Zentrum, mit den christlichen Gewerkschaften und national-polnischen Organisationen verbunden waren, unter den Mitgliedern der Sozialdemokratie unterrepräsentiert. Nur relativ wenige Mitglieder kamen weiterhin aus der Textil- und Bekleidungsindustrie, die einen hohen Anteil an weiblichen Arbeitskräften hatte, und der überwiegend kleinbetrieblichen Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Die Organisation der Bäcker und der Beschäftigten des Gaststättengewerbes für die Gewerkschaften und die Partei wurde zudem dadurch erschwert, daß diese – wie Hausdiener, Kutscher, Knechte, Mägde und Dienstmädchen – häufig im Hause des Arbeitgebers wohnten, von ihm beköstigt wurden und daher einer besonders wirksamen sozialen Kontrolle unterworfen waren. Auch unter den Arbeitern der großbetrieblichen Eisen- und Stahlindustrie haben die scharfe Bekämpfung der Arbeiterorganisationen durch die Unternehmer und die Dequalifikation vieler Arbeitskräfte durch Veränderungen im Produk-

Lumpenproletariat, demonstrieren ... Für alle möglichen Handlungen einer Masse von 100 000 Lumpenproletariern die Verantwortung übernehmen, bloß um der Welt etwas von einer imposanten englischen sozialistischen Bewegung vorlügen zu können, das ist das Vorgehen von *Abenteurern*, nicht von *Politikern*. Wann wird sich endlich eine sozialistische Partei hier bilden, die nicht mit Lumpenproletariern oder Sektirern, sondern mit der *arbeitenden Klasse* operieren will? Das ist unser Boden.“ Abschrift des Briefes, dessen Original sich in Moskau befindet, im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, IML/ZPA Moskau, F. 204/1/901. Ich danke Götz Langkau für die Erlaubnis zur Benutzung der Transkriptionen des Briefwechsels zwischen Bernstein und Kautsky.

tionsprozeß den Aufbau von Gewerkschaften und die aktive Betätigung für die Sozialdemokratie fast unmöglich gemacht.

Aufschlußreich ist, daß einige besonders qualifizierte Arbeitergruppen mit weit überdurchschnittlichem Verdienst wie Buchdrucker, Graveure, Lithographen, Hutmacher und auch die Bierbrauer zwar einen hohen Grad gewerkschaftlicher Organisation aufwiesen, es unter ihnen aber nur relativ wenige Mitglieder der Sozialdemokratie gab.⁵⁷⁾ Offenbar handelte es sich bei ihnen um eine Art Arbeiteraristokratie, die sich zwar über die Gewerkschaften intensiv für ihre ökonomischen und sozialen Interessen einsetzte, aber die weitergehenden politischen Ziele der Sozialdemokratie nur selten aktiv unterstützte.

Die sozialistischen Freien Gewerkschaften galten im Kaiserreich als eine Art Rekrutenschule der Partei. Die vorliegenden Daten deuten jedoch an, daß 1905–1906 – mit erheblichen Unterschieden in den verschiedenen Gewerbezeigen und Berufen in den Städten, über die wir genauere Angaben haben – nur etwa jedes 8. bis 3. Gewerkschaftsmitglied auch Sozialdemokrat war.⁵⁸⁾ Da in den Jahren nach 1907 die Zuwachsrate bei den Parteimitgliedern erheb-

⁵⁷⁾ Nach der Großberliner Parteistatistik von 1906, die unter 53 106 Parteimitgliedern auch 41 387 Mitglieder der Zentralorganisationen der Gewerkschaften erfaßte, waren von 558 939 „Organisationsfähigen“, d. h. den Arbeitnehmern, für die eine gewerkschaftliche Organisation bestand, 252 069 (45,2%) in gewerkschaftlichen Zentralverbänden organisiert. Von diesen waren 41 387 (16,4%) auch Mitglieder der Sozialdemokratie. Der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten war bei den 10 876 Buchdruckern (90,6%), 2050 Bildhauern (68,1%), 460 Marmorarbeitern (61,5%), 1000 Graveuren (75,6%), 3633 Lithographen (90,5%), 1600 Hutmachern (59,4%), 1500 Brauern (57,3%) weit überdurchschnittlich. Der Anteil der Parteimitglieder unter den Gewerkschaftsmitgliedern lag bei den Angehörigen dieser Berufe dagegen erheblich unter dem Durchschnitt: Buchdrucker 12,4%, Bildhauer 13,1%, Marmorarbeiter 0,4%, Graveure 14,2%, Lithographen 8,4%, Hutmacher 10,3%, Brauer 2,8%. – Die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Lokalistens), die die Organisation in Zentralverbänden ablehnte, hatte weitere 10 793 Mitglieder, von denen 1777 (16,5%) auch der Sozialdemokratie angehörten. Bei den erwähnten Berufen gab es in Berlin keine lokalistischen Organisationen; Statistische Erhebungen über die Partei-Organisation Groß-Berlins 1906 (wie Anm. 49), 138–140.

⁵⁸⁾ Vgl. neben den in Anm. 57 erwähnten Angaben über Groß-Berlin weiter die Zahlen über Frankfurt am Main, Marburg, Düsseldorf, Leipzig und München bei *Michels*, Deutsche Sozialdemokratie (wie Anm. 49), 487–502, sowie noch einmal für Düsseldorf *Nolan*, Social Democracy (wie Anm. 49), 309.

lich höher war als bei Gewerkschaftsmitgliedern, dürfte der Anteil der Parteigenossen unter den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften bis 1913 auf insgesamt ca. 30% angestiegen sein.⁵⁹⁾

Eine Analyse der Altersstruktur der Sozialdemokratie in Großberlin 1906 zeigt ein klares Überwiegen der Altersgruppen der 26–40jährigen, die etwa 60% aller Mitglieder stellten. Wegen der Beschränkung der politischen Betätigung von Jugendlichen bis zum Reichsvereinsgesetz von 1908, der Lehrzeit und des Militärdienstes der Männer waren nur etwa 2% der Berliner Sozialdemokraten unter 20 Jahre alt. Auch die 20–25jährigen waren mit knapp 12% der Parteimitglieder nur etwa halb so stark vertreten wie die beiden folgenden Fünfjahresgruppen. Die 41–50jährigen stellten immerhin noch knapp 19% der Parteimitglieder, während nur 7% aller Sozialdemokraten Großberlins über 51 Jahre alt waren.⁶⁰⁾

Andere, wenn auch wegen der abweichenden Gruppierung der Altersklassen nicht voll vergleichbare Statistiken über die Altersstruktur der Sozialdemokratie in Hamburg und dem Wahlkreis Leipzig-Land, kommen zu ähnlichen Ergebnissen.⁶¹⁾ Man wird mithin davon ausgehen können, daß in der deutschen Sozialdemokratie nach der Jahrhundertwende diejenigen überwogen, die seit den 1880er Jahren in das Berufsleben eingetreten waren, und daß Arbeiter im Alter von 25–40 Jahren, die auf dem Höhepunkt ihrer beruflichen Leistungsfähigkeit standen und daher auch eine relativ starke Stellung auf dem Arbeitsmarkt hatten, den Kern der Parteimitgliedschaft bildeten. Das gilt nicht so sehr für die Parteiführer, die zum Teil schon vor dem Sozialistengesetz in die Partei eingetreten waren, aber doch für die Mitgliederbasis und den lokalen Stamm der mittleren und unteren Funktionäre.

⁵⁹⁾ Die Zahl der Parteimitglieder betrug 1913 982 850, die der Mitglieder der Freien Gewerkschaften 2 548 763. Wenn wir von den Parteimitgliedern nach dem Vorbild der Berliner Parteistatistik von 1906 22% (darunter z. B. alle Hausfrauen) als gewerkschaftlich nicht organisationsfähig abziehen, kommen wir auf ungefähr 760 000–770 000 gewerkschaftlich organisationsfähige Parteimitglieder, d. h. etwa 30% aller Mitglieder der Freien Gewerkschaften.

⁶⁰⁾ Vgl. E. Wurm, Statistische Erhebungen über die Parteiorganisation Großberlins 1906, in: *Neue Zeit* 26, 1908, Bd. 1, 450–453, hier 453.

⁶¹⁾ Vgl. die Angaben über die Altersstruktur der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Hamburg 1903, 1905, 1908 und im Wahlkreis Leipzig-Land 1909 bei Fricke, *Handbuch* (wie Anm. 46), Bd. 1, 336. Allerdings lag in Hamburg 1905 der Anteil der Mitglieder im Alter von über 50 Jahren bei immerhin knapp 12%.

Soziale und ökonomische Faktoren waren also für die Rekrutierung von Mitgliedern der Sozialdemokratie sehr bedeutend. Für die jeweils individuelle Entscheidung zum Eintritt in die Partei spielte aber der kulturelle Zusammenhang ökonomischer und sozialer Faktoren – vor allem das Verhältnis zur Kirche sowie der Einfluß der Familie, des Freundeskreises, der Nachbarschaft oder der Arbeitskollegen – eine wichtige Rolle. Schließlich waren die Erfahrungen, die der einzelne machte, sehr unterschiedlich, wie auch die individuelle Verarbeitung dieser Erfahrungen, die natürlich oft durch die Interpretationsangebote der Arbeiterorganisationen geprägt wurde, ganz verschieden ablief. Auch konnte man in der politischen Arbeiterbewegung des Kaiserreiches mit ihrem breiten Angebot an Kultur- und Freizeitorganisationen in den Städten unter Umständen weniger ein Instrument des politischen und sozialen Kampfes als einen geselligen Kreis Gleichgesinnter sehen, mit denen man zusammen sang, wanderte, bestimmte Sportarten betrieb und einen Teil seiner durch die allmähliche Reduzierung der Arbeitszeit zunehmenden Freizeit verbrachte.⁶²⁾ Leider haben wir nur wenige autobiographische Aufzeichnungen, Briefe oder andere Unterlagen von einfachen Parteimitgliedern, die uns Auskunft über die Motive für den Parteieintritt geben.⁶³⁾ Die allerdings nur mit großer

⁶²⁾ Vgl. z. B. *Ludwig Turek*. Ein Prolet erzählt. Lebensschilderung eines deutschen Arbeiters. Berlin 1947, 45 f.

⁶³⁾ Die Studie von *Jochen Loreck*, *Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel*. Bonn-Bad Godesberg 1977, analysiert auf der Basis der Autobiographien von 33 Sozialdemokraten, die in der Zeit von 1866 bis 1914 der Partei beitraten, die sozialen Merkmale und Dispositionen der Betroffenen sowie den Einfluß der verschiedenen Kommunikationsmittel – Presse, Bücher, Pamphlete, Versammlungen, politische Gespräche am Arbeitsplatz etc. – auf die Gewinnung für sozialistische Ideen. Einen Eindruck von den politischen und sozialen Wertvorstellungen von sozialdemokratisch oder freigewerkschaftlich organisierten Bergarbeitern, Textil- und Metallarbeitern und den Erwartungen, die diese an die Arbeiterbewegung knüpften, vermitteln die zeitgenössischen Befragungen von Arbeitern durch *Adolf Levenstein*, *Die Arbeiterfrage*. Mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psycho-physischen Einwirkungen auf die Arbeiter. München 1912, sowie die von *Levenstein* herausgegebene Sammlung von Arbeiterbriefen: *Aus der Tiefe. Arbeiterbriefe*. 4. Aufl. Berlin 1909. Vgl. weiter für die Bergleute *Klaus Tenfelde/Helmuth Trischler* (Hrsg.), *Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung*. München 1986.

Vorsicht zu benutzende Methode der mündlichen Befragung älterer Menschen, die für die Weimarer Republik und die NS-Zeit unser Wissen über die Haltung breiter Bevölkerungsschichten erweitert hat, ist für das Kaiserreich kaum noch anzuwenden.

Trotz der schlechten Quellenlage läßt sich sagen, daß eine handwerkliche Ausbildung auch noch nach der Jahrhundertwende – wie 1875 – eine starke soziale und kulturelle Disposition zum Eintritt in die Sozialdemokratie bedeutete. Sie gab nicht nur eine relativ gute Position auf dem Arbeitsmarkt und damit eine größere Resistenz gegenüber dem Druck der Arbeitgeber; sie vermittelte zudem auch bestimmte Traditionen, Wertvorstellungen und Muster des kollektiven solidarischen Handelns, die von den älteren Gesellenbruderschaften⁶⁴⁾ in die moderne Arbeiterbewegung übernommen worden waren. Die Kommunikation mit den Kollegen am Arbeitsplatz, die Wohnung in einem städtischen Arbeiterviertel und natürlich auch die Geburt in eine Familie, in der bereits der Vater Sozialdemokrat war, haben den Eintritt in die Partei erleichtert. Dagegen haben, neben einer dörflich-agrarischen Herkunft, der Wohnsitz auf dem Land und die Isolation am Arbeitsplatz ihn erschwert. Für alle, die sich der Partei anschlossen, galt, daß der Beitritt selten vor dem 20. oder nach dem 40. Lebensjahr erfolgte.

Der Schwellenwert, der überschritten werden mußte, um Mitglied der Sozialdemokratie zu werden, war je nach dem sozio-kulturellen Umfeld sehr unterschiedlich hoch. Während es in Arbeitervierteln einer protestantischen Großstadt für den Sohn eines Arbeiters, der überhaupt politisch tätig sein wollte, in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches kaum eine Alternative zur Sozialdemokratie gab⁶⁵⁾, bedeutete der Beitritt zu dieser Partei im Dorf und in

⁶⁴⁾ Vgl. *Andreas Grieffinger*, Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1981.

⁶⁵⁾ Sehr aufschlußreich sind dafür die Gründe, die allerdings erst kurz nach der Jahrhundertwende geborene und daher erst in der Weimarer Republik politisch aktive Braunschweiger Arbeiter bei Interviews für ihre Unterstützung der SPD angaben: Hans Kolbe (1903 geb.): „Man wußte, wozu man gehörte“; Hermann Ahrens (1903 geb.): „Man wußte ja, wohin man gehörte“; Walter Pape (1903 geb.): „... ich lebte in einer Arbeitergegend, wo man einfach Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war oder sie wählte. Das gehörte sich einfach so“; Karl Jordan (1909 geb.): „Meine beiden Brüder waren schon in der Partei und logischerweise mußte ich dann auch rein. Das ist eben eine Familiensache gewesen ... Ich kann nicht sagen, daß das

vielen Kleinstädten eine Gefährdung der materiellen Existenz. In katholischen Gebieten mit einem stark entwickelten Gemeindeleben und einer tief verwurzelten katholischen Vereinskultur mußte ein katholischer Arbeiter bei seinem Eintritt in die Sozialdemokratie (vor allem im Westen, weniger im Süden Deutschlands) oft mit seiner ganzen bisherigen Lebensweise und seinem Freundeskreis brechen. So zeigt eine Untersuchung über die Düsseldorfer Sozialdemokratie, daß die Träger der Partei auch ganz überwiegend zugewanderte Arbeiter waren, während die am Ort geborenen Arbeiter in ihrer Mehrheit in das katholische Milieu eingebunden blieben und auch ihre politische Vertretung in der Zentrumspartei suchten.⁶⁶⁾

IV.

Die hier vorgelegten Ergebnisse über die regionale Ausbreitung und die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Sozialdemokratie werden im wesentlichen durch eine Analyse der Wählerschaft der Partei bestätigt und vor allem hinsichtlich der Konfession, die in den Mitgliederstatistiken nicht erfaßt wurde, ergänzt.

Die Sozialdemokratie hat, wie vorher das Zentrum im Kulturkampf, wesentlich zur Politisierung der Wähler und – im Gegensatz zu den Parteien im Kulturkampf – zur tendenziellen Abschleifung regionaler Unterschiede beigetragen. Durch die seit 1890 verfolgte Praxis, auch in für sie aussichtslosen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen, hat sich die Partei immer weiter ausgedehnt, ohne jedoch die Konzentration auf bestimmte Hochburgen völlig zu überwinden.⁶⁷⁾

Insgesamt hat die Sozialdemokratie die Zahl ihrer Wähler von knapp $\frac{1}{2}$ Million 1877 über 1,4 Millionen 1890 auf $4\frac{1}{4}$ Millionen 1912 auf mehr als das 8fache erhöhen, ihren Anteil an den Wählerstimmen in den gleichen Jahren von 9% über 20 auf fast 35% etwa vervierfachen können. Der Ausdehnungsprozeß der Sozialdemokra-

schon eine echte politische Überzeugung war. Dafür war ich noch zu jung ... Damals – das mußte eben sein. Wir gingen zum 1. Mai, wir gingen überall hin mit der Partei, also mußte man auch dazugehören.“ Zit. n. *Stefan Bajohr*, Vom bitteren Los der kleinen Leute. Protokolle über den Alltag Braunschweiger Arbeiterinnen und Arbeiter 1900 bis 1933. Köln 1984, 76–81. Die Namen wurden für die Veröffentlichung geändert.

⁶⁶⁾ Nolan, Social Democracy (wie Anm. 49), bes. 113–118.

⁶⁷⁾ Für die Zahl der Kandidaten der SPD vgl. Ritter, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch (wie Anm. 22), 121.

tie von 1877, dem Jahr vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes, bis 1912, als die letzte Reichstagswahl im Kaiserreich stattfand, wird in den folgenden Karten⁶⁸⁾ über den sozialdemokratischen Stimmenanteil in den 397 Wahlkreisen des Reiches dokumentiert.

Welche Tendenzen lassen sich aus diesen Karten und der regionalen Entwicklung der Wählerschaft der SPD ablesen? Einige der alten Hochburgen wie Berlin, wo die Partei 1877 knapp 40%, 1912 über 75% der Wählerstimmen erhielt, wurden bis zum Ersten Weltkrieg immer weiter ausgebaut. In Hamburg erreichte die Partei dagegen mit 60% der Stimmen bereits 1890 einen Sättigungsgrad. In Schleswig-Holstein, das schon 1874 mit 35% zu einer Hochburg der Sozialdemokratie wurde, blieb die Partei bis 1893 hinter diesem Ergebnis zurück und hat es auch 1912 mit 40% nur wenig überschritten.⁶⁹⁾ Im Königreich Sachsen wurde der Höhepunkt der Partei 1903 mit fast 60% der Stimmen bei den folgenden Wahlen nicht wieder erreicht.

Überproportionale Gewinne konnte die Sozialdemokratie seit dem Ende der 1880er Jahre in der preußischen Provinz Sachsen sowie in den Industriegebieten und Großstädten Westfalens und des Rheinlandes erzielen. Auch das Nord-Süd-Gefälle in der Stärke der Partei wurde durch die besonders hohen Stimmengewinne in Teilen Bayerns, in Württemberg, Baden und Hessen weitgehend eingeebnet.⁷⁰⁾ Dagegen verbuchte die Partei in den meisten ostelbischen Gebieten auch 1912 noch unter 10% der Wähler.

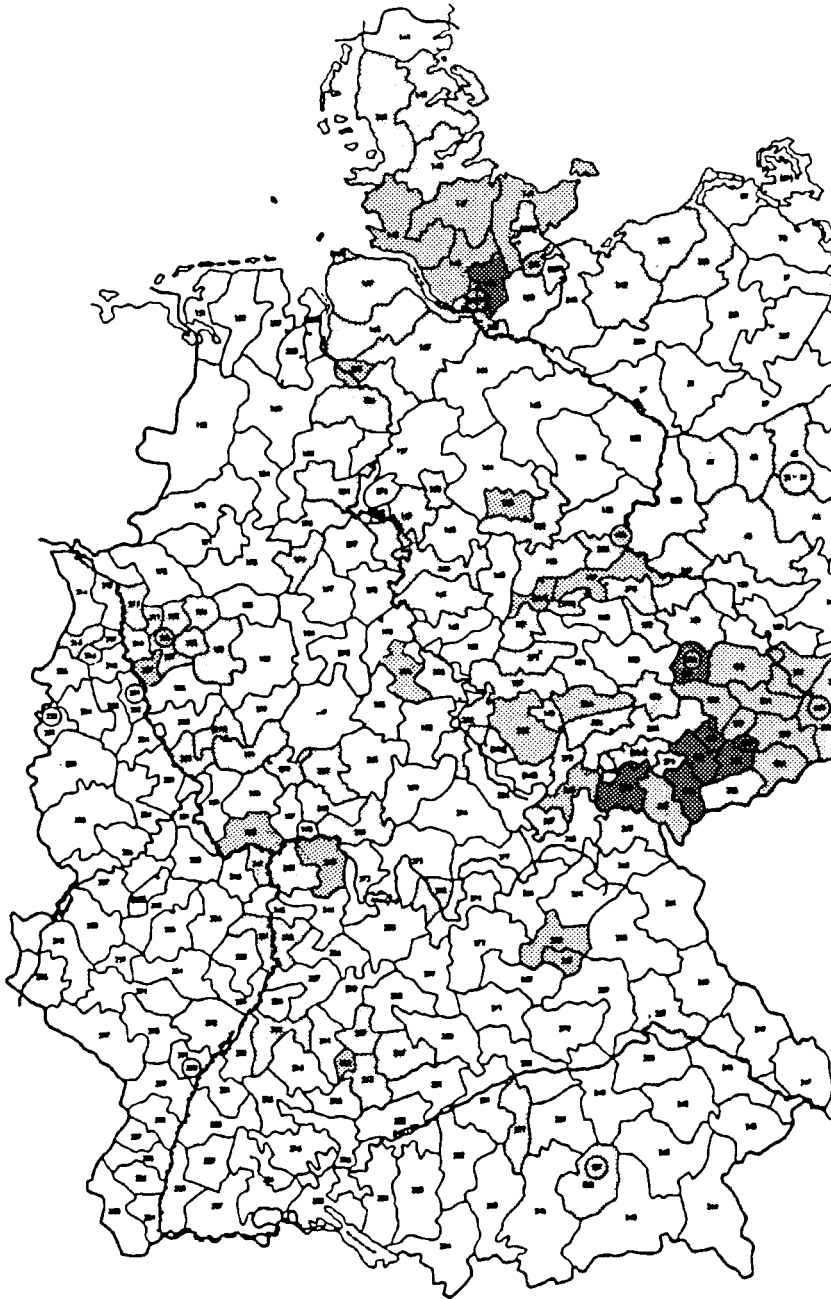
Die Sozialdemokratie war in ihrer Wählerschaft – wie in ihrer Mitgliedschaft – eine Klassenpartei der Arbeiter, die aber lange

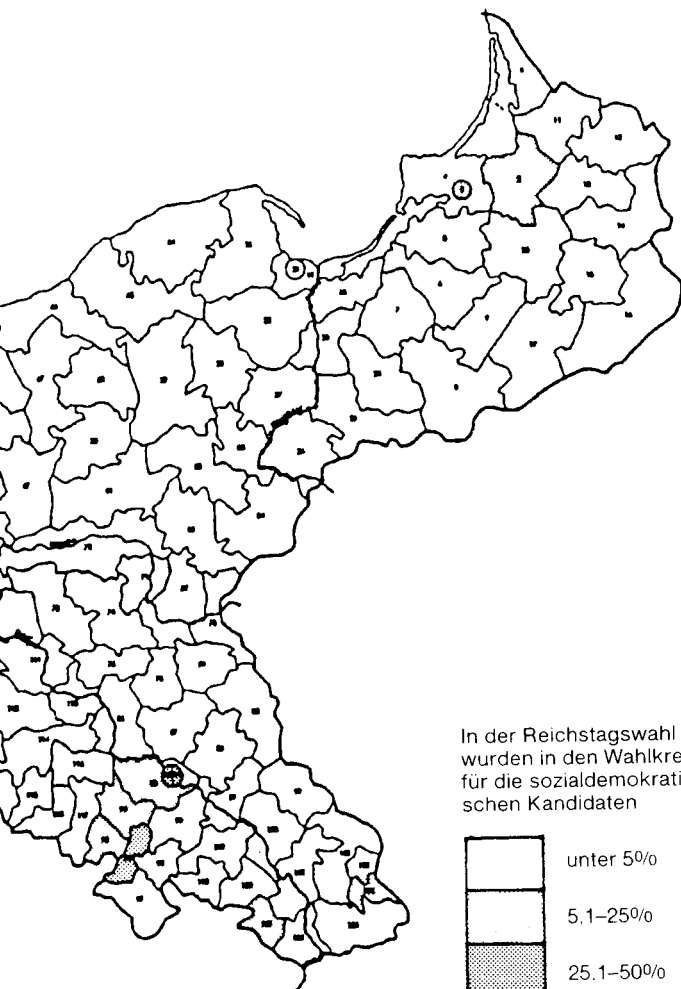
⁶⁸⁾ Die Karten wurden nach den Angaben des Verfassers von Josef Reindl angefertigt.

⁶⁹⁾ Schleswig-Holstein verzeichnete auch den markantesten Abstieg im Grad der gewerkschaftlichen Organisation im Vergleich zu anderen Gebieten des Reiches. Nachdem 1895 die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder pro 1000 Arbeiter dreimal so hoch war wie im Durchschnitt des Deutschen Reiches, lag sie 1906 nur noch um 23% über dem Durchschnitt: *Boll, Arbeitskampf und Region* (wie Anm. 42), Tab. 8.

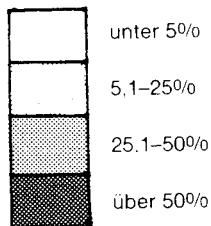
⁷⁰⁾ Der Stimmenanteil der Sozialdemokratie in diesen süddeutschen Ländern und im Reich betrug:

	1877	1890	1898	1903	1912
Bayern	3,7	13,9	18,1	21,7	27,3
Württemberg	4,0	8,9	20,3	27,5	32,5
Baden	1,5	11,4	19,0	21,9	28,3
Hessen	8,7	20,7	33,9	35,5	39,3
Deutsches Reich	9,1	19,7	27,2	31,7	34,8

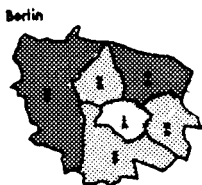




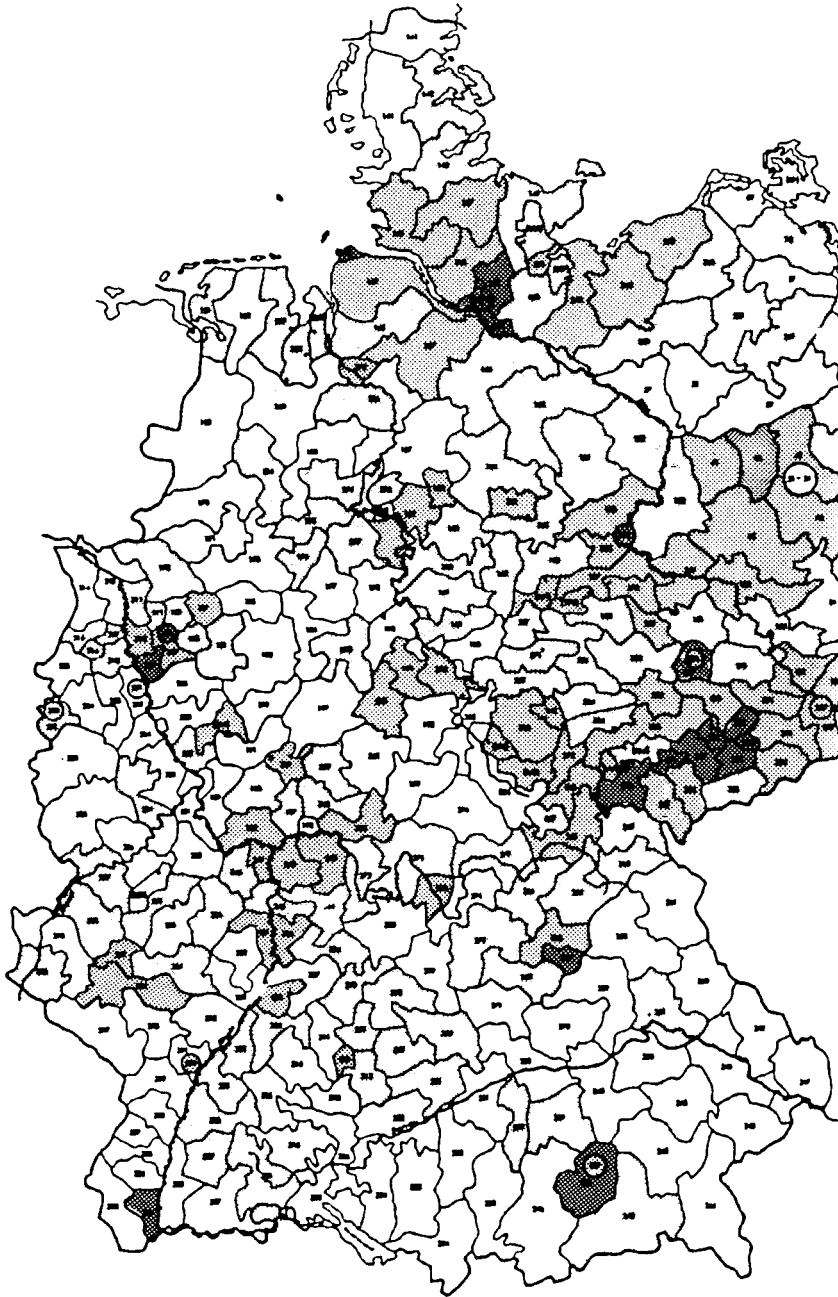
In der Reichstagswahl 1877 wurden in den Wahlkreisen für die sozialdemokratischen Kandidaten

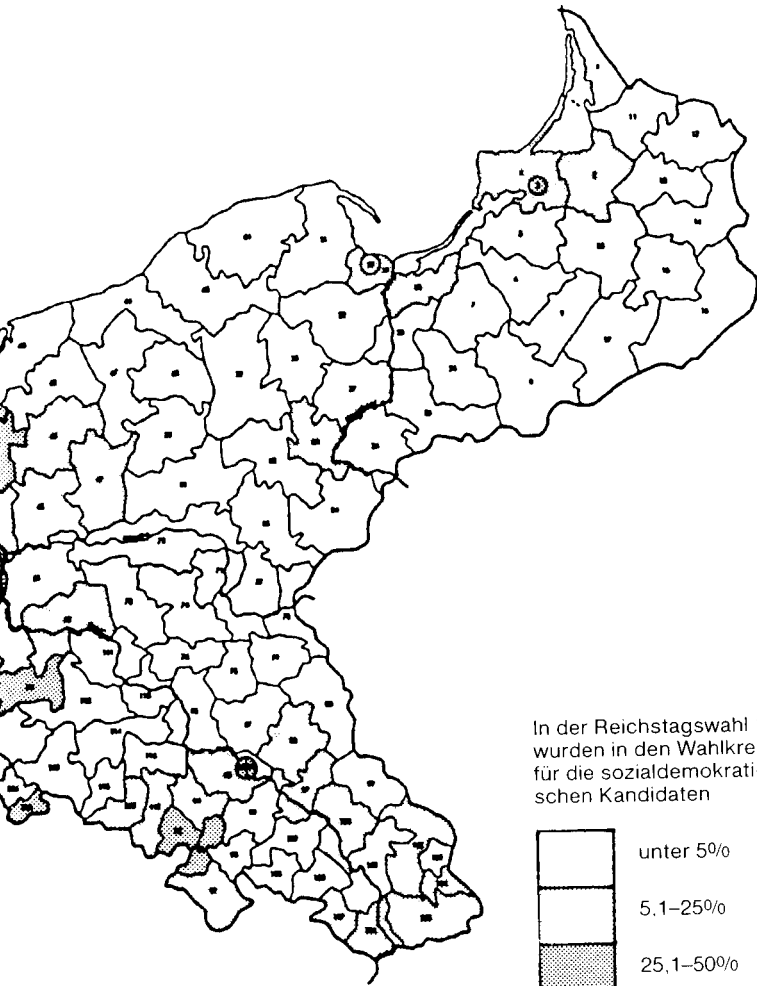


aller gültigen Stimmen abgegeben.

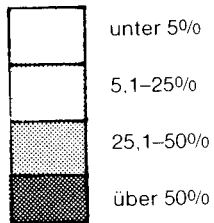


Karte 1: Der Stimmenanteil der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl 1877



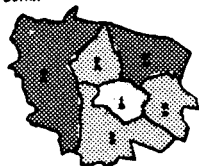


In der Reichstagswahl 1890 wurden in den Wahlkreisen für die sozialdemokratischen Kandidaten

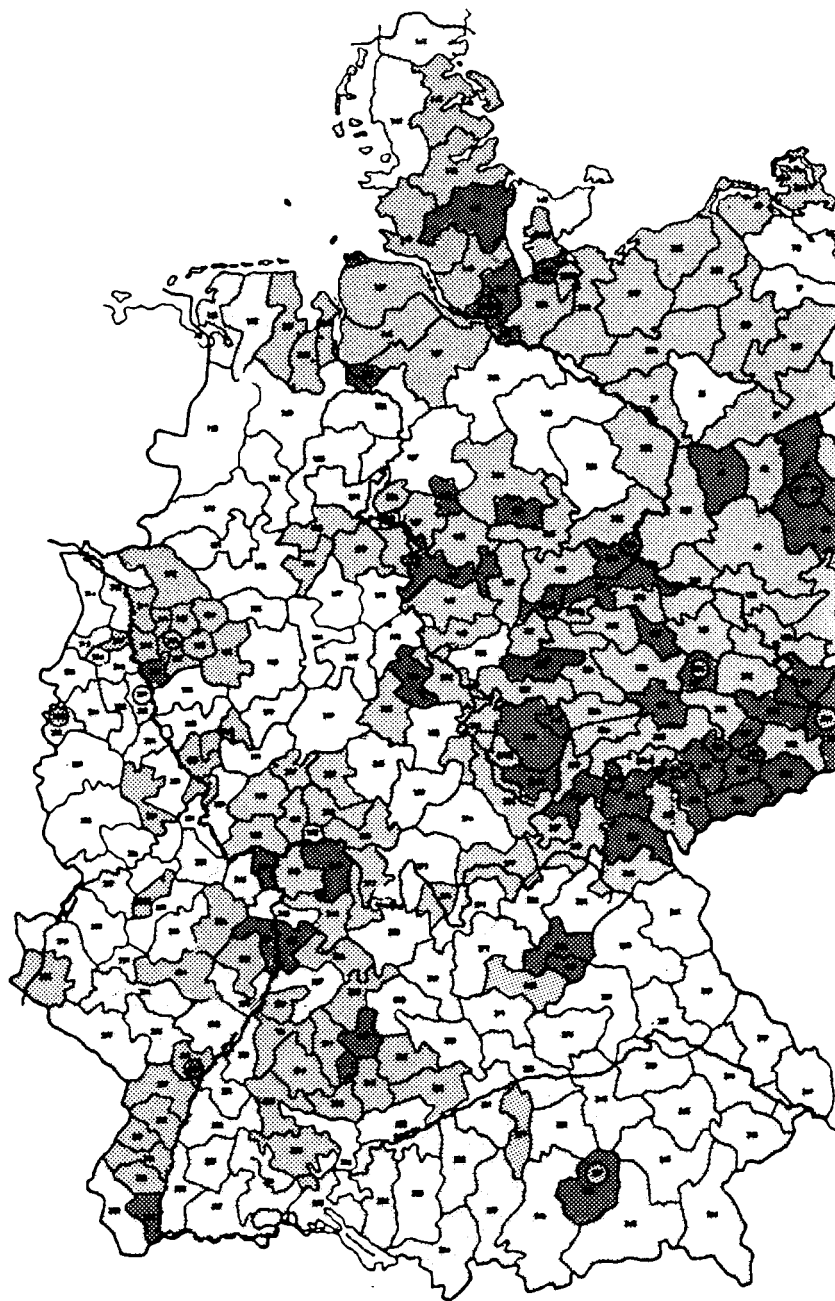


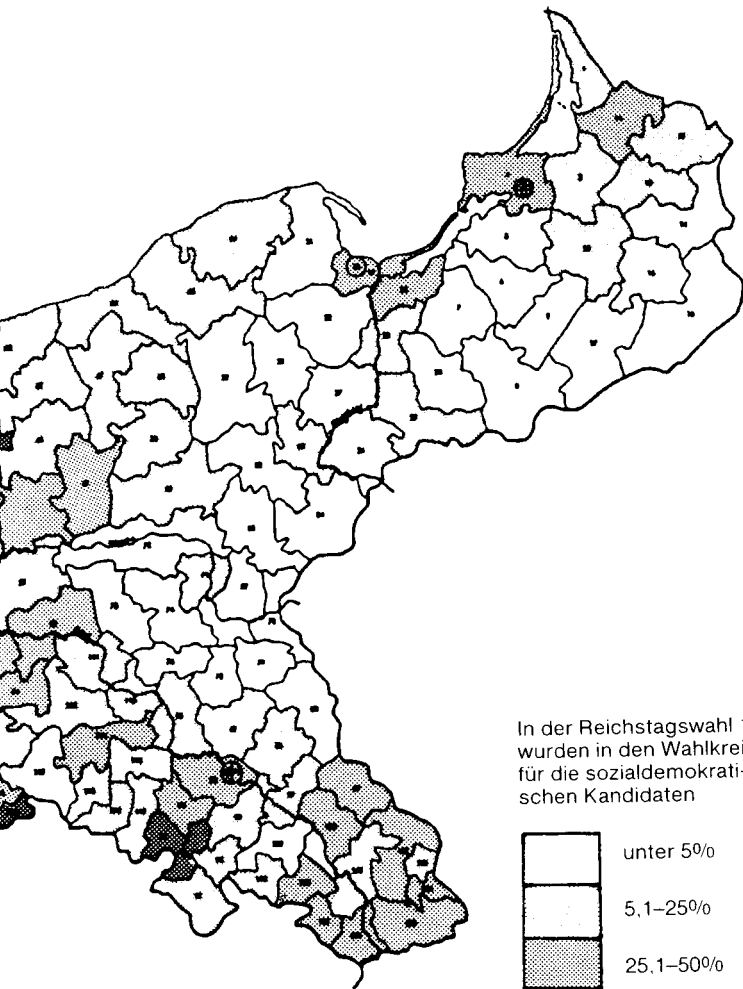
aller gültigen Stimmen abgegeben.

Berlin

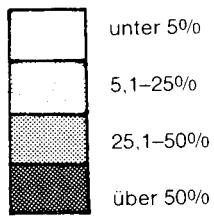


Karte 2: Der Stimmenanteil der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl 1890

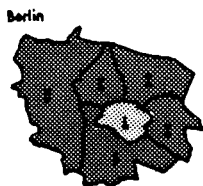




In der Reichstagswahl 1912 wurden in den Wahlkreisen für die sozialdemokratischen Kandidaten



aller gültigen Stimmen abgegeben.



Karte 3: Der Stimmenanteil der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl 1912

nicht alle Arbeiter erfaßte. Der typische Wähler der Sozialdemokratie blieb der deutsche, relativ junge, protestantische, in der Stadt lebende Arbeiter mit einer Erwerbstätigkeit in Industrie oder Handwerk.

Eine genauere Analyse der Wahlergebnisse der Sozialdemokratie seit 1890 ergibt Folgendes:

1. Der Sozialdemokratie ist es nicht gelungen, in größerem Umfang die Stimmen polnischer Arbeiter zu gewinnen, die vielmehr entweder durchgängig, wie in Westpreußen und Posen, nationalpolnische Kandidaten wählten oder, wie in Oberschlesien, diesen etwa seit der Jahrhundertwende ihre Stimmen gaben. Die Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen auf den nationalen Kampf zwischen polnischen und deutschen Kandidaten hat so bewirkt, daß die Sozialdemokraten – wie auch die Freien Gewerkschaften – von wenigen städtischen Inseln abgesehen in Gebieten mit einem starken Anteil polnisch sprechender Bevölkerung kaum Fuß fassen konnten.

Dagegen hat die Sozialdemokratie in Elsaß-Lothringen, wo sie vor 1890 faktisch nicht existent war, bei den Reichstagswahlen seit 1890 zunehmend an Boden gewonnen und schließlich bei der letzten Wahl von 1912 etwa ein Drittel der Stimmen und Mandate erhalten. Es gelang ihr in steigendem Maße, sich als Alternative für deutschgesinnte Wähler zu präsentieren, die die Protestler oder Autonomisten ablehnten. Aber auch von Anhängern einer größeren Autonomie Elsaß-Lothringens wurde sie als kleineres Übel gegenüber den betont deutschnationalen Kandidaten gewählt.⁷¹⁾

2. Die Sozialdemokratie unternahm – unter dem Eindruck einer schweren Agrarkrise in den frühen 1890er Jahren und einer durch sie bewirkten politischen Mobilisierung der Bauern – den Versuch, durch massive Agitation auf dem Lande ihre Basis bei den Bauern und bei den Landarbeitern zu verbreitern. Man hoffte so, dem Ziel einer absoluten Mehrheit der Wähler und der Mandate im Reich entscheidend näher zu kommen. Daneben spielte, etwa bei August Bebel, aber auch die Hoffnung eine Rolle, damit die Kernregimenter der preußischen Armee, die zu einem erheblichen Teil aus

⁷¹⁾ Zur Entwicklung des Parteiensystems und der Wahlen in Elsaß-Lothringen vgl. *Hermann Hiery*, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871–1918. Düsseldorf 1986.

der ostelbischen Landbevölkerung rekrutiert wurden, bei einer Revolution oder inneren Unruhe als Kampfinstrumente gegen die Sozialdemokratie lahmzulegen.⁷²⁾

Der Versuch, auf dem Land vorzudringen, ist jedoch weitgehend gescheitert. In Gebieten mit überwiegend bäuerlichem Grundbesitz haben bäuerliche Protestwähler, die bei der Reichstagswahl 1893 offenbar noch häufig ihre Stimmen der Sozialdemokratie gegeben, sich schon bei der folgenden Wahl von 1898 dem fünf Jahre zuvor gegründeten Bund der Landwirte oder den neu gebildeten regionalen Bauernverbänden zugewandt oder sind zu den anderen Parteien zurückgekehrt⁷³⁾, die agrarische Interessen nun stärker betonten. Die Mißerfolge der Sozialdemokratie hingen damit zusammen, daß die Partei sich entgegen den Wünschen ihrer Führer nicht zu einer Politik des Bauernschutzes durchringen konnte⁷⁴⁾ und daß in der Frage der Getreidezölle und der gewerkschaftlichen Organisation des Gesindes und der Landarbeiter letztlich unüberbrückbare

⁷²⁾ Vgl. die Reichstagsrede Bebels vom 11. 12. 1890; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, VIII. Legislaturperiode, I. Session 1890/91, Bd. 2, Berlin 1891, 862–869, bes. 867. Ganz ähnlich äußerte sich Friedrich Engels in einem Brief an Wilhelm Liebknecht vom 9. 3. 1890 nach der Reichstagswahl vom Februar 1890: „Unsre Erfolge in Sch[leswig]-Holstein, Mecklenb[ur]g und Pommern verbürgen uns jetzt riesige Fortschritte unter den Ackerbauarbeitern des Ostens. Jetzt wo wir die Städte haben, und der Ruf unsrer Siege bis in die abgelegensten Rittergüter dringt, können wir auf dem Lande einen ganz anderen Brand anzünden als die Strohfeuer von vor 12 Jahren. In drei Jahren können wir die Landarbeiter haben, und dann haben wir die Kernregimenter der preußischen Armee.“ *Wilhelm Liebknecht*, Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels. Hrsg. u. bearb. v. Georg Eckert. The Hague 1963, 366.

⁷³⁾ Typisch ist die Stimmentwicklung der Sozialdemokratie 1890–1898 in den bayerischen Regierungsbezirken Oberbayern, Oberpfalz, Niederbayern und Schwaben, die bis auf Oberbayern, wo der Großraum München für einen starken Anteil an Industrie und Handel sorgte, stark agrarisch strukturiert waren.

	1890	1893	1898
Oberbayern	23,3	27,6	23,7
Niederbayern	2,2	2,7	2,4
Oberpfalz	4,4	10,5	5,9
Schwaben	6,8	10,2	7,0
Deutsches Reich	19,7	23,3	27,2

Vgl. weiter die Analyse der Ergebnisse der Reichstagswahlen 1890–98 in den Agrargebieten bei *Hesselbarth*, Revolutionäre Sozialdemokraten (wie Anm. 46), 132–137, 247–250.

⁷⁴⁾ Vgl. *Ritter*, Arbeiterbewegung (wie Anm. 44), 134–144.

Interessenkonflikte zwischen den von der Sozialdemokratie vor allem vertretenen gewerblichen Arbeitern und den Bauern bestanden.

In Gebieten mit überwiegendem Großgrundbesitz, wie Ostpreußen und Mecklenburg, hat die Sozialdemokratie bereits 1898 bzw. 1903 ihren Höhepunkt erreicht und danach erhebliche Einbußen erlitten.⁷⁵⁾ Der Hauptgrund für das weitgehende Scheitern der Agitation unter den Landarbeitern waren die scharfe Kontrolle und Disziplinierung der Arbeiter und des Gesindes durch die Arbeitgeber, die Verteufelung der Partei durch viele Pfarrer und die rigorose Unterdrückung der sozialdemokratischen Agitation durch Arbeitgeber und Behörden. Es kam hinzu, daß der feste Stamm der Landarbeiter der ostelbischen Güter, die mit ihren Familien an ein Gut kontraktlich gebundenen Tagelöhner, einen erheblichen Teil seiner Entlohnung noch durch Naturalleistungen, u. a. durch das Recht zur Nutzung eines Stückes Land und die Gewährung von freier Weide und von Winterfutter für die ihm in beschränktem Umfang erlaubte Viehhaltung, erhielt. Zudem waren die Tagelöhner an den Erträgen des Gutes dadurch beteiligt, daß sie verpflichtet, aber auch berechtigt waren, das auf dem Gut geerntete Getreide gegen einen bestimmten Anteil daran zu dreschen. Sie waren daher – im Gegensatz zu den gewerblichen Arbeitern – an Agrarzöllen und Einfuhrbeschränkungen für Vieh und Viehprodukte zur Sicherung hoher Fleisch- und Getreidepreise interessiert. Die dadurch zunächst gegebene, oft patriarchalisch geprägte Interessengemeinschaft von Gutsbesitzern und Gutstagelöhnern zerfiel jedoch weitgehend durch die zunehmende Verwendung der Dreschmaschine, die Reduzierung der Naturalentlohnung und die Tendenz zur Herausbildung kapitalistischer Arbeitsverhältnisse in der ostelbischen Landwirtschaft.⁷⁶⁾

⁷⁵⁾ Auf die Sozialdemokratie entfiel folgender Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen:

	1898	1903	1907	1912
Ostpreußen				
Regierungsbezirk Königsberg	24,2	23,7	16,7	18,3
Regierungsbezirk Gumbinnen	10,5	14,6	8,6	10,0
Mecklenburg-Schwerin	38,2	41,3	34,3	37,4
Deutsches Reich	27,2	31,7	29,0	34,8

⁷⁶⁾ Vgl. *Max Weber*, Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland, 1892. Hrsg. v. Martin Riesebrodt. 2 Halbbde. (Max-Weber-Gesamtausgabe, Bd. 3.) Tübingen 1984, sowie Webers Aufsätze über ‚Die ländliche Arbeitsverfassung‘ und ‚Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter‘, in: *Ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Tübingen 1924, 444–469, bes. 449–451, 470–507, bes. 473–490.

Auch durch die starken Schwankungen des saisonalen Arbeitskräftebedarfs in der Landwirtschaft bedingt, spielten freie Landarbeiter ohne Grundbesitz, deren Arbeitsverhältnis jederzeit gelöst werden konnte, – und als Sondergruppe unter ihnen die Saison- und Wanderarbeiter, die häufig im Ausland rekrutiert wurden – auf dem agrarischen Arbeitsmarkt eine immer bedeutendere Rolle.

Für die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften hat sich dadurch jedoch die Chance zur Erfassung der Landarbeiter nicht verbessert. Die Konkurrenz besonders der ausländischen Wanderarbeiter, die keinerlei politische Rechte hatten, schwächte die Position der einheimischen Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt. Zudem bewirkten die Unzufriedenheit über die niedrige Bezahlung, die lange Arbeitszeit, die hohe Abhängigkeit und die mangelnde Abwechslung des Landlebens, daß gerade die jungen und aktiven Elemente der Landbevölkerung, die noch am ehesten für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu gewinnen gewesen wären, den Agrargebieten des Ostens durch die Auswanderung nach Übersee oder die Binnenwanderung in die Städte und Industriezentren Mittel- und Westdeutschlands verloren gingen.

3. Die Sozialdemokratie war eine ganz überwiegend städtische Partei. In den 21 rein städtischen Wahlkreisen des Deutschen Reiches konnten so die Sozialdemokraten bereits 1877 über 31%, 1887 fast 37% der Wählerstimmen gewinnen, während ihr Anteil in den 308 Wahlkreisen ohne größere Städte im Durchschnitt bei nur 4,9% bzw. 4,5% lag.⁷⁷⁾

Die für die Reichstagswahlen seit 1898 vorliegenden detaillierten Angaben über die Stimmabgabe für die einzelnen Parteien nach Ortsgrößenklassen (Tabelle 3) zeigen, daß der Stimmenanteil der Sozialdemokratie in Großstädten mit mehr als 100000 Einwohnern 1898 fast viermal so hoch war wie in Landgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern; 1912 lag er noch immer fast dreimal so hoch. Die Stimmen in den Landgemeinden stammten zudem zu einem erheblichen Teil aus Gebieten in der Umgebung von Großstädten

⁷⁷⁾ Die Wahlen zum Deutschen Reichstage, in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 9, 1888, 139–143.

Tab. 3 Verteilung der für die SPD bei Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen auf Ortsgrößenklassen^{a)}

Jahr der Wahl	Ortsgrößen- klasse	Einwoh- nerzahl nach der letzten Volkszähl. in ‰ ^{b)}	gültige Stimmen f. die SPD in ‰ aller f. die Partei abgegebe- nen Stimmen ^{a)}	Einwoh- nerzahl nach der letzten Volkszähl. in Tsd. ^{b)}	gültige Stimmen für die SPD	gültige Stimmen für die SPD in ‰ aller gülti- gen Stim- men
1898	a	52,7	26,8	27 568	563 852	14,2
	b	17,6	20,8	9 197	437 439	32,8
	c	15,7	22,9	8 218	482 651	38,2
	d	14,0	29,6	7 298	623 134	52,6
	a-d	100	100	52 280	2 107 076	27,2
1903	a	45,6	24,4	25 686	735 093	17,1
	b	19,3	20,9	10 895	628 668	35,0
	c	18,3	24,2	10 334	729 083	41,9
	d	16,8	30,5	9 444	917 927	55,1
	a-d	100	100	56 367	3 010 771	31,7
1907	a	42,5	21,0	25 753	683 155	14,1
	b	19,3	19,9	11 724	649 379	30,6
	c	19,2	24,4	11 612	796 682	38,3
	d	19,0	34,7	11 542	1 129 813	50,6
	a-d	100	100	60 641	3 259 029	28,9
1912	a	39,9	21,7	25 872	920 505	19,0
	b	18,9	18,9	12 273	802 172	35,8
	c	19,9	23,8	12 909	1 012 323	42,9
	d	21,4	35,7	13 861	1 515 399	54,8
	a-d	100	100	64 926	4 250 399	34,8

a = Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern

b = Gemeinden mit 2000 bis 10000 Einwohnern

c = Gemeinden mit 10000 bis 100000 Einwohnern

d = Großstädte mit 100000 und mehr Einwohnern

^{a)} Wegen Rundungsfehlern addieren sich die Prozentzahlen nicht immer zu 100.

^{b)} Für 1903, 1907 und 1912 weicht der angegebene Wert für die Gesamtbevölkerung „a-d“ von der Summe der Einzelsummanden a, b, c und d ab. Hier ist im Gesamtwert jeweils die Schiffsbevölkerung enthalten, die sich nicht auf die einzelnen Ortsgrößenklassen verteilen ließ (die Abweichung für 1898 resultiert lediglich aus einem Rundungsfehler). Die Prozentangaben in der ersten Spalte jedoch beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung ohne Schiffsbevölkerung.

oder waren – wie etwa in Sachsen⁷⁹⁾ – ein Zeichen für die Industrialisierung der ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden.⁸⁰⁾

Insgesamt ist das Ansteigen des Wähleranteils aus den Städten mit über 10000 Einwohnern an der Gesamtzahl sozialdemokratischer Wähler von 52,5% 1898 auf fast 60% 1912 – dabei von knapp 30% auf über 35% in den Großstädten – vor allem durch Verschie-

⁷⁸⁾ Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Ergänzungsheft zu 1899, I, 8. Jg., 82–101; Ergänzungsheft zu 1904, I, 13. Jg., 98–115; Ergänzungsheft zu 1907, IV, 16. Jg., 104–123; Statistik des Deutschen Reichs. Bd. 250, Berlin 1913, 106–125. Da in der amtlichen Statistik eine gesonderte Kategorie für die Großstädte fehlt, vielmehr alle Städte über 10000 Einwohner zusammengefaßt werden, mußten die Werte für die hier aufgeführten Gemeindegrößeklassen c und d aus den vorliegenden Zahlen, die die Ergebnisse für jede der Großstädte gesondert ausweisen, errechnet werden.

⁷⁹⁾ Die Verteilung der sozialdemokratischen Stimmen auf Gemeinden verschiedener Größenklassen wich im Königreich Sachsen von den in Tabelle 3 wiedergegebenen Ergebnissen im Reich scharf ab.

Anteil der Sozialdemokratie in den Gemeindegrößeklassen in Sachsen 1898–1912:

	1898	1903	1907	1912
a	40,0	50,9	40,4	47,8
b	56,8	64,4	53,3	59,6
c	49,7	59,2	50,3	55,1
d	53,5	61,9	51,3	57,3
a–d	49,5	58,8	48,5	55,0

a = Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern

b = Gemeinden mit 2000 bis 10000 Einwohnern

c = Gemeinden mit 10000 bis 100000 Einwohnern

d = Großstädte mit 100000 und mehr Einwohnern

Sachsen hatte 1907 von allen deutschen Staaten und preußischen Provinzen mit 67,1% den höchsten Anteil an Lohnarbeitern unter den Erwerbstätigen. Bei der Berechnung der Lohnarbeiter wurden mithelfende Familienangehörige, die in der Berufsstatistik als Arbeiter gelten, und die Verkäufer in Ladengeschäften nicht eingerechnet, dafür aber die Dienenden. Vgl. Die Entwicklung der Lohnarbeiterschaft in den Gebietsteilen des Deutschen Reichs, in: Reichs-Arbeitsblatt. Hrsg. v. Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik 12, 1914, 403–411, hier 403.

⁸⁰⁾ Nach den Berechnungen von *Hesselbarth*, Revolutionäre Sozialdemokraten (wie Anm. 46), 246–248, stammten von den knapp 564000 bei der Reichstagswahl von 1898 für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen in Gemeinden unter 2000 Einwohnern etwa 264000 aus Gebieten mit ländlicher Industrie und rund 300000 aus Dörfern mit überwiegender Landwirtschaft. Der Schwerpunkt der Sozialdemokratie in den Dörfern lag dabei aber auch in Gebieten in der unmittelbaren und weiteren Umgebung großstädtischer sozialdemokratischer Hochburgen.

bungen in der Bevölkerungsstruktur von den kleineren zu den größeren Gemeinden in der Zeit des Kaiserreiches bedingt worden. In Städten mit mehr als 10000 Einwohnern wohnten 1898 knapp 30%, 1912 bereits über 40% der Bevölkerung. Die Konzentration auf die großen Städte war bei den Gewerkschaftsmitgliedern sogar noch stärker ausgeprägt als bei den Wählern der Sozialdemokratie. So lebten 1895 45%, 1911 aber bereits 56,9% aller Mitglieder der Freien Gewerkschaften in Großstädten mit mehr als 100000 Einwohnern. Während die sozialistischen Gewerkschaften so 1911 immerhin zwei von fünf gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen in den Großstädten gewannen, wurde nur jeder sechste dieser Arbeitergruppe in Mittel-, Klein- und Landstädten mit 2000–100000 Einwohnern und jeder achtzigste in Landgemeinden unter 2000 Einwohnern Gewerkschaftsmitglied.⁸¹⁾

Aus Tabelle 3 ist aber auch abzulesen, daß die Sozialdemokratie in den Großstädten bereits um die Jahrhundertwende mit etwa 55% der Stimmen einen gewissen Sättigungsgrad erreicht hatte. Nach dem Ersten Weltkrieg sind dann bei den Reichstagswahlen von 1920/22 alle sozialistischen Parteien zusammen in den Großstädten – im Gegensatz zu ihren recht erheblichen Gewinnen in Landgemeinden und Kleinstädten – weit hinter die Ergebnisse der Sozialdemokratie in den letzten Wahlen des Kaiserreiches zurückgefallen.⁸²⁾

⁸¹⁾ Klaus Schönhoven, Die regionale Ausbreitung der deutschen Gewerkschaften im Kaiserreich 1890 bis 1918, Ms., 5 f.: zu den gewerblichen Arbeitern wurden die in Industrie, Handel und häuslichen Diensten (Berufsabteilungen B, C und D) hauptberuflich tätigen Arbeiter gerechnet [der Aufsatz wird in dem in Anm. 24 erwähnten Sammelband veröffentlicht].

⁸²⁾ Der Anteil aller sozialistischen Parteien (SPD, USPD, KPD) betrug bei den Reichstagswahlen von 1912 bzw. 1920/22:

	1912	1920/22
a (unter 2000 Einwohner)	20,2	32,8
b (2000–10000 Einwohner)	38,4	42,3
c (über 10000 Einwohner)	50,1	47,8
d (über 100000 Einwohner)	57,0	49,9
insgesamt	36,1	41,7

Abweichend von Tabelle 3 sind hier unter c – gemäß der amtlichen Statistik – alle Gemeinden über 10000 Einwohnern erfaßt. Es wurden nur die Gebiete berücksichtigt, die 1912 und 1920/22 zum Deutschen Reich gehörten. Vgl. Gerhard A. Ritter, Die sozialistischen Parteien in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik, in: Werner Pöls (Hrsg.), Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart 1979, 153.

4. Die SPD blieb in der Struktur ihrer Wählerschaft eine Partei der gewerblichen Arbeiter. Eine zeitgenössische Berechnung, nach der bereits 1893 und 1898 mindestens $\frac{1}{4}$, wahrscheinlich aber eine erheblich größere Gruppe der sozialdemokratischen Wähler aus dem Bürgertum gekommen sei⁸³⁾, beruht auf falschen methodischen Grundlagen. Auch die Auffassung August Bebels, daß noch 1903 im Durchschnitt auf sechs Arbeiterwähler nur ein bürgerlicher Wähler fiel⁸⁴⁾, dürfte den Anteil der Wähler aus dem Bürgertum noch eher zu hoch als zu niedrig ansetzen.

Für die sächsische Landtagswahl 1909 liegt eine Statistik vor, die sämtliche Wahlberechtigte und Wähler der 91 Landtagswahlkreise Sachsens nach Beruf und Alter gliedert. Aus dieser geht eindeutig die weitgehende Abhängigkeit der sozialdemokratischen Wahlerfolge von der Stärke der Arbeiterschaft in den einzelnen Wahlkreisen hervor.⁸⁵⁾ Wenn auch die Ergebnisse in Sachsen wegen der Industrialisierung vieler ländlicher Gemeinden und des fast völligen Fehlens katholischer Wähler nicht auf die anderen Gebiete des Reiches übertragen werden können, so machen sie doch deutlich, daß es selbst in dieser Hochburg der Sozialdemokratie nur wenige kleinbürgerliche Wähler der Partei – und diese zudem fast ausschließlich in den Großstädten – gegeben hat.

Bis 1912 ist es der Sozialdemokratie zudem nur in wenigen Fällen gelungen, Wahlkreise zu gewinnen, deren ökonomische Struktu-

⁸³⁾ R. Blank, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpolitik 20, 1904/05, 507ff., bes. 520. Zur Kritik vgl. Ritter, Arbeiterbewegung (wie Anm. 44), 77f.

⁸⁴⁾ August Bebel, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft, in: Neue Zeit 23, 1904/05, Bd. 2, 332–342, bes. 335.

⁸⁵⁾ Vgl. Die Wahlen für die Zweite Kammer der Ständeversammlung vom Oktober und November 1909. 1. und 2. Teil, in: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes 55, 1911, 220–243; 57, 1912, 1–168; 58, 1912, 259–331. Vgl. bes. 58, 1912, 228–243, 262–275, 316. Zur Interpretation vgl. Ritter, Wahlrecht (wie Anm. 24). Vgl. weiter die interessante Untersuchung über die Wahlberechtigten und die Wähler des 5. Berliner Reichstagswahlkreises 1907, die ebenfalls für die 7 Abteilungen, in die der Wahlkreis zur besseren Agitation von der Sozialdemokratie eingeteilt wurde, einen engen Zusammenhang zwischen dem Stimmenanteil der Sozialdemokratie und dem Anteil der „proletarischen Wähler“ zeigt: Die soziale Gliederung der Wählerschaft im V. Berliner Reichstagswahlkreis bei der Wahl im Jahre 1907. Eine Berufsstatistik. Hrsg. v. Sozialdemokratischen Verein für den V. Berliner Reichstagswahlkreis. Berlin [1907].

ren nicht durch ein klares Überwiegen von Industrie, Handwerk und Handel über die Landwirtschaft gekennzeichnet waren.⁸⁶⁾

5. Die Konfession blieb bis zum Ende des Kaiserreiches – wie übrigens auch noch in der Weimarer Republik und in abgeschwächtem Maße in der Bundesrepublik⁸⁷⁾ – ein wesentlicher, meist sogar entscheidender Faktor für das Wahlverhalten. Bei der Wahl von 1877 konnten die Sozialdemokraten so bei einem Reichsdurchschnitt von 9,1% der Stimmen in den 199 Wahlkreisen mit einer protestantischen Bevölkerung von mehr als 75% 17,2%, in den 48 Wahlkreisen mit mehr als 75% Katholiken dagegen nur 1,0% der Wähler gewinnen. Wenn auch der Unterschied zwischen diesen beiden Kategorien von Wahlkreisen sich bis zur Reichstagswahl von 1887 (16,1% : 2,5%) verringerte⁸⁸⁾ und nach 1890 sich die Bindung der katholischen Arbeiter an das Zentrum lockerte⁸⁹⁾ und sie in ihrer Loyalität zwischen der katholischen Volkspartei des Zentrums und der Sozialdemokratie zunehmend gespalten waren, so schnitt die Sozialdemokratie doch auch weiterhin in Gebieten mit überwiegend protestantischer Bevölkerung sehr viel besser ab als in solchen mit einer katholischen Bevölkerungsmehrheit. Nach einer zeitgenössischen Berechnung haben die Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl von 1907 bei einem durchschnittlichen Stimmenanteil von 29% im Reich weniger als 10% der knapp vier Millionen katholischen, aber fast 40% der 7.3 Millionen nichtkatholischen, d. h. weit überwiegend protestantischen Wähler, gewonnen.⁹⁰⁾ Nur etwa ein Neun-

⁸⁶⁾ Ritter, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch (wie Anm. 22), 102.

⁸⁷⁾ Jürgen Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933. München 1986, bes. 155–179; Gerhard A. Ritter, Merith Niehuss, Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987. München 1987, bes. 157, 183–187, 197f.

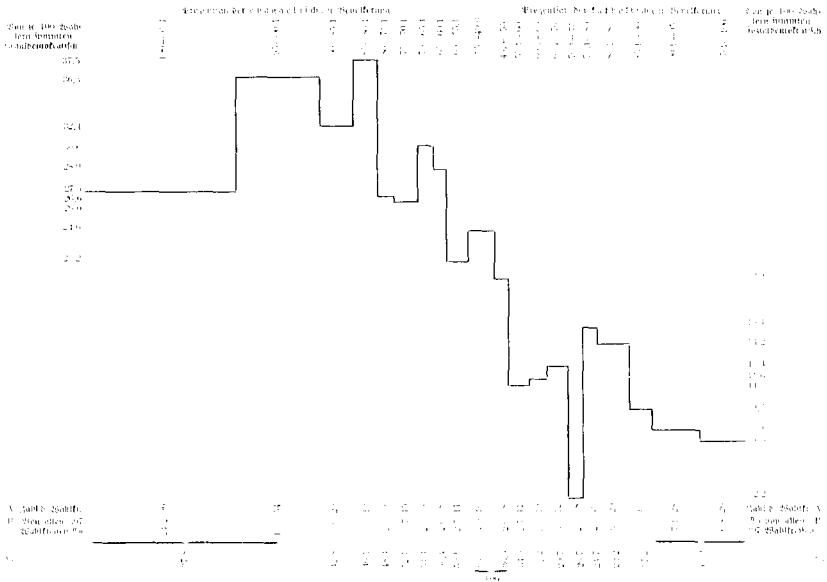
⁸⁸⁾ Vgl. Die Wahlen zum Deutschen Reichstage, in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 9, 1888, 139–143.

⁸⁹⁾ Zum Rückgang des Stimmenanteils des Zentrums an den wahlberechtigten Katholiken von 1874–1912 vgl. Johannes Schauff, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928. Hrsg. u. eingel. v. Rudolf Morsey. Mainz 1975, bes. 100.

⁹⁰⁾ Errechnet nach den Angaben bei Alois Klöcker, Die Konfession der sozialdemokratischen Wählerschaft 1907. Mönchen-Gladbach 1913, 123. Die genauen Ziffern 9,3% bzw. 39,6% werden bewußt nicht im Text wiedergegeben, um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, daß sich der Anteil der sozialdemokratischen Wähler der beiden Konfessionen exakt bestimmen

tel der sozialdemokratischen Stimmen kam von Katholiken, fast acht Neuntel kamen von Protestanten.⁹¹⁾

Graphik 1: Konfessionen und Stimmabgabe für die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl von 1907⁹²⁾



ließe. Die Grundlagen der sehr komplizierten Berechnungen von Klöcker können hier nicht erörtert werden. Sie sind m. E. im Kern und in der Tendenz korrekt. Auch die Tatsache, daß in den 146 Wahlkreisen mit einer katholischen Bevölkerungsmehrheit von durchschnittlich 78,9% 13,5% der Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, dagegen in den 251 Wahlkreisen mit einer überwiegend nichtkatholischen Bevölkerung von durchschnittlich 86,2% 36,5% der Stimmen auf die Sozialdemokratie entfielen, deutet klar darauf hin, daß sehr viel weniger Katholiken als Protestanten sozialdemokratisch wählten. Nach der Volkszählung vom 1. 12. 1910 bestand die deutsche Bevölkerung aus 36,7% Katholiken, 61,6% evangelischen Christen und 1,7% weiteren Personen, unter denen 0,95% Juden waren. Der Anteil der Wähler, die weder Protestanten noch Katholiken waren (1,7%), kann also statistisch weitgehend vernachlässigt werden.

⁹¹⁾ Ebd. 123.

⁹²⁾ Ebd. 126. Der Anteil der Sozialdemokraten war in den Wahlkreisen mit einem Anteil von 80–95% Protestanten deutlich höher als in Gemeinden mit einem Protestantenanteil von über 95%, weil es sich bei ersteren vielfach um

Allerdings hat die Sozialdemokratie bei den folgenden Wahlen von 1912 auch in katholischen Industriegebieten und Großstädten Westdeutschlands größere Erfolge erzielen können.

Tab. 4 Sozialdemokratie und Konfessionen 1907 und 1912⁹³⁾

In Wahlkreisen mit einer Bevölkerung von	waren gültige Stimmen für die SPD (in % aller gültigen Stimmen)											
	0%		0-20%		20-40%		40-60%		60-80%		80-100%	
	1907	1912	1907	1912	1907	1912	1907	1912	1907	1912	1907	1912
	KATHOLIKEN											
90-100%	2		50	45	3	8						
80- 90%	6	2	19	21	6	10	2	2				
70- 80%	2	1	13	12	5	4		2				
60- 70%			16	15	3	4	1	2				
50- 60%	1		11	11	3	5	3	3				
	PROTESTANTEN											
50- 60%			13	8	7	11	6	7				
60- 70%			4	2	7	11	5	4		1		
70- 80%			10	6	9	4	7	10		2		
80- 90%			7	7	10	11	10	12	2	2		2
90-100%			41	27	60	48	49	66	4	9		

Tabelle 4 zeigt so für 1912 im Vergleich zu 1907 eine deutliche Zunahme der „katholischen“ Wahlkreise, in denen die Sozialdemokratie über 20 oder sogar über 40% der Stimmen erringen konnte.

Wahlkreise in Großstädten oder Industriebezirken handelte, in denen im Gegensatz zu den Landgemeinden und Kleinstädten eine größere Vermischung der Konfessionen stattfand.

⁹³⁾ Ausgezählt nach den Ergebnissen in den 397 Wahlkreisen des Deutschen Reiches, in: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Ergänzungsheft zu 1907, III, 16. Jg., 10-66; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 250, H. 2, Berlin 1913, 10-70.

Eine Detailanalyse bestätigt, aber differenziert auch diesen Trend eines langsamen Eindringens der Sozialdemokratie in die katholische Wählerschaft.

Wurden 1903 erst 4 und 1907 6 (davon 5 in Stichwahlen) von insgesamt 146 Wahlkreisen, in denen die katholische die protestantische Bevölkerung überwog, gewonnen, darunter 1903 die 2 Wahlkreise Münchens, so waren es 1912 bereits 12, obwohl einer der Münchner Wahlkreise 1907 und 1912 verlorengegangen war. Besonders die Siege der Sozialdemokratie in Köln und in Düsseldorf 1912 wurden von der Partei als entscheidender Einbruch in den bisher so festen Turm des Zentrums gefeiert.⁹⁴⁾ Eine genauere Betrachtung zeigt allerdings, daß diese beiden Städte – wie auch der Wahlkreis Würzburg – nur aufgrund der für die Sozialdemokratie besonders günstigen lokalen politischen Konstellation gewonnen werden konnten. Die Front des schwarzblauen Blocks von Konservativen und Zentrum gegen Liberale und Sozialisten prägte den Wahlkampf von 1912 und verhalf der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen in diesen Wahlkreisen zu einem Teil der liberalen Stimmen.⁹⁵⁾ Von den verbleibenden 9 „katholischen“ Wahlkreisen entfielen allein 5 auf Elsaß-Lothringen, wo nationale Fragen soziale Gegensätze überlagerten. Auch wurden von den 5 Mandaten in Elsaß-Lothringen 3 erst in der Stichwahl gegen Kandidaten der Elsaß-Lothringer (Straßburg-Land, Colmar) bzw. gegen einen unabhängigen Lothringer (Metz) mit Hilfe der Liberalen gewonnen.⁹⁶⁾

⁹⁴⁾ Vgl. z. B. Akademikus, Statistische Nachklänge zu den Reichstagswahlen, in: Neue Zeit 30, 1912, Bd. 2, 817–825, 868–873, bes. 871.

⁹⁵⁾ In diesen drei Wahlkreisen entfielen in der Hauptwahl und der Stichwahl auf die einzelnen Parteien:

	Würzburg		Düsseldorf		Köln	
	I	II	I	II	I	II
SPD	31,3	53,7	43,4	50,4	41,8	54,3
Fortschrittliche						
Volkspartei	28,1	–	–	–	–	–
Nationalliberale	–	–	13,6	–	16,0	–
Zentrum	40,6	46,3	47,3	49,6	38,8	45,7
Sonstige Parteien	–	–	5,7	–	3,4	–

(I = Hauptwahl, II = Stichwahl)

Auch der Wahlkreis Obertaunus in der Provinz Hessen-Nassau, in dem die Katholiken die Protestanten leicht überwogen, aber nur 49% der Bevölkerung stellten, wurde von der Sozialdemokratie erst in der Stichwahl gegen den Kandidaten des Zentrums gewonnen.

Kennzeichnend bleibt so insgesamt, daß trotz der zum Teil durch die spezifischen Bedingungen des Wahlkampfes und einzelner Wahlkreise zu erklärenden Erfolge der Sozialdemokratie in katholischen Gebieten 1912 nur 8,2% der überwiegend katholischen, aber 39% der überwiegend protestantischen Wahlkreise einen sozialdemokratischen Abgeordneten stellten. In fast der Hälfte der verbleibenden protestantischen Wahlkreise, hingegen nur in wenig mehr als 5% der verbleibenden katholischen Wahlkreise kam die Sozialdemokratie, wenn auch erfolglos, in die Stichwahlen.

Das Verhältnis von Sozialdemokratie und Katholizismus scheint allerdings regional sehr unterschiedlich gewesen zu sein. In den preußischen Westprovinzen waren die katholischen Arbeiter als Ergebnis eines besonders heftigen Kulturkampfes zunächst in das religiös-soziale Milieu voll eingebunden worden und konnten von der hier meist scharf antikirchlichen Sozialdemokratie nur nach ihrem Bruch mit der Kirche gewonnen werden. Dagegen war es vor allem in Teilen Bayerns, wo es die populäre Tradition eines antiklerikalen Katholizismus gab und Sozialdemokratie und Zentrum in der Landespolitik zeitweise eng zusammenarbeiteten⁹⁷⁾, offenbar leichter möglich, sozialdemokratisch zu wählen, ohne mit dem Glauben und dem bisherigen Lebenskreis zu brechen.

Die Sozialdemokratie hat also nicht vermocht, alle Arbeitergruppen für sich zu gewinnen. Noch weniger gelang ihr vor 1914 die Umwandlung von einer Klassenpartei der Arbeiter in eine Volkspartei, die zudem von den Führern der Sozialdemokratie – mit Ausnahme der Reformisten und Revisionisten – auch bewußt nicht gewünscht wurde.

Bei der Gründung und in der Frühgeschichte der Sozialdemokratie hatten kleinere, oft ohne Gesellen arbeitende Handwerksmei-
⁹⁶⁾ In diesen Wahlkreisen entfielen in der Hauptwahl und der Stichwahl auf die einzelnen Parteien:

	Landkreis					
	Straßburg		Colmar		Metz	
	I	II	I	II	I	II
SPD	38,2	57,7	33,2	52,3	36,9	55,3
Elsaß-Lothringer	34,7	42,3	43,7	47,7	–	–
Liberale Landespartei	–	–	22,9	–	–	–
Fortschrittl.	27,0	–	–	–	24,3	–
Unabhängige Lothringer	–	–	–	–	38,7	44,7

(I = Hauptwahl, II = Stichwahl)

⁹⁷⁾ *Hirschfelder*, Bayerische Sozialdemokratie (wie Anm. 26), T. II, bes. 472–481.

ster – vor allem wenn sie in Abhängigkeit eines Verlegers gerieten, der ihnen die Rohstoffe lieferte und die Waren abnahm – noch eine nicht unerhebliche soziale Gruppe der Partei gebildet. Sie stellten auch nicht wenige der Mitglieder der vielen Arbeiter-Produktivgenossenschaften, die in den 1850er und 1860er Jahren entstanden und zunächst von den sich herausbildenden Arbeiterparteien und Gewerkschaften unterstützt wurden. Diese halbselbständigen Meister wurden aber seit den frühen 1870er Jahren mit dem Rückgang der Heimindustrie und dem Zusammenbruch der meisten Produktivgenossenschaften, die vielfach am Problem der Kapitalakkumulation und der Finanzierung von Modernisierungsinvestitionen scheiterten, häufig zu Lohnarbeitern. Die in der großen Wirtschaftskrise nach 1873 einsetzende und in der Krise der frühen 1890er Jahre verstärkte Politisierung der verbliebenen Handwerksmeister und die Herausbildung ihrer ökonomischen Interessenvertretung erfolgten dann unter dem Zeichen einer Regierungspolitik zur Stützung des alten Mittelstandes, durch die bewußt ein Damm gegen ein weiteres Vordringen der Sozialdemokratie errichtet werden sollte.⁹⁸⁾ Auch die Hoffnung, daß die in den frühen 1890er Jahren recht erfolgreiche Agitation der Antisemiten, die den „kapitalistischen Juden“ zum Sündenbock für die ökonomischen Probleme und die teilweise Verelendung vor allem von Kleinbauern, Kleinhandwerkern und Kleinhändlern machten, durch die Politisierung dieser sozialen Gruppen letztlich der Sozialdemokratie als der einzigen konsequent antikapitalistischen Partei zugute kommen würde, erfüllte sich nicht.⁹⁹⁾ Die Auffassung Bebels, daß eine Hinwendung der „dem Untergang oder

⁹⁸⁾ Vgl. dazu *Shulamit Volkov*, *The Rise of Popular Antimodernism in Germany. The Urban Master Artisans, 1873–1896*. Princeton 1978; *Robert Gellately*, *The Politics of Economic Despair: Shopkeepers and German Politics 1890–1914*. London/Beverly Hills 1974.

⁹⁹⁾ Vgl. *Rosemarie Leuschen-Seppel*, *Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914*. Bonn 1978. – Eduard Bernstein hat übrigens schon am 2. Mai 1893 in einem Brief an Kautsky gefordert, daß es an der Zeit sei, „die Falschheit der Gegenüberstellung: Antisemitismus–jüdisches Kapital in *unsrer* Presse nachzuweisen. Dem Antisemitismus von heute ist das jüdische Kapital nur Vorwand, ein demagogisches Mittel, die jüdische Konkurrenz in allen möglichen Berufen loszuwerden.“ Er glaube nicht, daß der Antisemitismus der Sozialdemokratie dort, wo sie stark sei, Abbruch tun werde, „daß er uns aber da, wo wir nicht stark sind, sehr wohl hindern kann, haben verschiedene Nachwahlen gezeigt“; NL Kautsky, HSG Amsterdam, D V, 243.

immer prekärer Existenz verfallenen Mittelschichten“ zur Sozialdemokratie erst eintreten werde, wenn diese zu der Erkenntnis kommen, „daß die ganze Handwerker- und Mittelstandsretterei für die Katz ist“ und ihre Proletarisierung nicht aufgehalten werden kann¹⁰⁰), enthob zwar die Sozialdemokratie der Notwendigkeit, eine eigene konstruktive Politik für den alten Mittelstand zu formulieren. Sie fand aber verständlicherweise bei den mit dem Untergangsdogma konfrontierten sozialen Gruppen wenig Gegenliebe.

Noch wichtiger als die Entfremdung vom alten Mittelstand war für die langfristigen Wahlaussichten der Partei das Unvermögen der Sozialdemokratie, größere Teile des sogenannten neuen Mittelstandes der Beamten und Angestellten für sich zu gewinnen. Während dieses Manko für die unteren Beamten des monarchischen Staates – etwa bei den Eisenbahnen und der Post – durch deren Furcht vor disziplinarischen Maßnahmen erklärt werden kann, ist die ungenügende Resonanz bei den Angestellten zu einem erheblichen Teil auf Versäumnisse der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften selbst zurückzuführen. Kennzeichnend für die sozialdemokratische Angestelltenpolitik ist die Diskrepanz zwischen der frühen Erkenntnis des Angestelltenproblems und dem weitgehenden Scheitern der politischen und freigewerkschaftlichen Agitations- und Organisationsarbeit in dieser Gruppe. Während schon in den 1880er und frühen 1890er Jahren lokale sozialdemokratische Angestelltenorganisationen entstanden und Flugschriften für die Angestellten herausgegeben wurden¹⁰¹), versäumte es die Partei, ein tragfähiges und at-

¹⁰⁰) *Bebel*, Soziale Zusammensetzung (wie Anm. 84), 336.

¹⁰¹) Vgl. *Paul Lange*, Die Privatangestellten und die Sozialdemokratie, in: *Neue Zeit* 30, 1911/12, Bd. 1, 822–826; *ders.*, Die Privatangestellten und die politischen Parteien, in: *Neue Zeit* 29, 1910/11, Bd. 2, 816–823; *ders.*, Die soziale Bewegung der kaufmännischen Angestellten, Berlin 1920, bes. 72–84, 177–184; *ders.*, Handlungsgehilfen-Bewegung und Sozialpolitik. Referat erstatet der Sechsten Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg (8. und 9. Juni 1908 in München). Hamburg 1908; *Eduard Bernstein* (Hrsg.), Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. T. 3: Fünfzehn Jahre Berliner Arbeiterbewegung unter dem gemeinen Recht. Berlin 1910, bes. 355–368. Als Beispiele sozialdemokratischer Flugschriften für die Angestellten seien erwähnt: *Albert Auerbach*, Die Handlungsgehilfen-Bewegung in ihren Ursachen und Zielen. Rede gehalten in einer öffentlichen Versammlung am 3. März 1887 zu Stettin. Berlin 1887; *ders.*, Der Kaufmann und Die Sozialdemokratie. Berlin 1891; Der Handlungsgehilfe und die Kaiserl. Sozial-Reform. Eine Antwort

traktives Konzept sozialdemokratischer Angestelltenpolitik. Zwar sah man die Expansion der Angestellten Konsequenz eines zunehmenden Konzentrations- und Konzentrationsprozesses in Industrie und Handel, gleichzeitig in man diesen Prozeß aber als eine Entwicklung, die den Unterschied zwischen Angestellten und Arbeitern aufheben und die Angestellten tendenziell zu Proletariern machen würde. gerieten die Partei und die Freien Gewerkschaften, die diese Analyse teilten, in einen Gegensatz zu dem Selbstverständnis und den Interessen der Mehrheit der Angestellten, die sich nicht als Proletarier, sondern als Privatbeamte, Techniker, Mittelstand oder Kaufleute betrachteten, sowie massiv – durch das Angestelltenversicherungsgesetz von 1911 schließlich auch – für ihre gesonderte Berücksichtigung in der staatlichen Sozialpolitik eintraten.¹⁰³⁾ Die Befangenheit in der marxistischen Analyse der notwendigen Proletarisierung des Mittelstandes und der sozialen Interessen der Masse ihrer aus der gewerblichen Mittelschicht kommenden Mitglieder und Wähler führten die Sozialdemokraten zu einer ähnlichen politischen Abstinenz gegenüber den Angestellten wie sie schon gegenüber den Bauern und dem Mittelstand der Handwerker und Klein Händler kennzeichnend war. Man fuhr fort, auf die Korrektur des „falschen“, nicht proletarischen Bewußtseins der Angestellten als Kern der weiteren Entwicklung zu warten.

Diese Einstellung hat – neben der Orientierung großer Teile der Angestelltenschaft an völkisch-nationalistischen Parolen!

an den Herrn Minister v. Bötticher betreffend die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe. Bearb. u. hrsg. v. der „Freien Vereinigung der Kaufleute“. Berlin. Berlin 1893.

¹⁰²⁾ Typisch dafür ist die Äußerung *Karl Kautskys* in seinem Werk „Die Arbeiterbewegung und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik. Stuttgart 1903“: „... je schneller dies Anwachsen [der Intelligenz, gemeint sind die Angestellten] vor sich geht, desto rascher auch der Prozeß der Proletarisierung innerhalb des neuen Mittelstandes“.

¹⁰³⁾ Zum Zusammenhang zwischen dem Aufschwung der Angestelltenbewegung zur Massenbewegung und der Kampagne für die Schaffung gesonderten Renten- und Hinterbliebenenversicherung für die Angestellten vgl. *Emil Lederer*, Die Pensionsversicherung der Angestellten, in: *Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 33, 1911, 780–841.

¹⁰⁴⁾ Vgl. dazu *Iris Hamel*, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaften. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933. Göttingen am Main 1967.

sozialen Kluft zwischen Angestellten und Arbeitern – bewirkt, daß die seit der Jahrhundertwende von allen politischen Kräften heftig umworbene und schneller als die Arbeiterschaft wachsende Angestelltenschaft, von wenigen Ausnahmen abgesehen, vor dem Ersten Weltkrieg keine Koalition mit den Arbeitern einging und sich von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung scharf abgrenzte.

Insgesamt hat sich vor 1914 das Rekrutierungspotential der Sozialdemokratie durch die industriekapitalistische Dynamik des Kaiserreiches, die zur Vermehrung der Lohnabhängigen und der Bewohner der Städte führte, durch die Säkularisierung, die den hemmenden Einfluß der Kirche auf die Ausdehnung der Partei verringerte, und durch das Heranwachsen einer neuen sozialen Generation, die nicht mehr unmittelbar von den Erfolgen der nationalen Politik in der Reichsgründungszeit geprägt war, erweitert. Es wurde aber auch bereits vor 1914 deutlich, daß die Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft und die politische Mobilisierung immer weiterer Schichten der Bevölkerung nicht notwendig und automatisch der Partei zugute kommen würden.

Die der Sozialdemokratie gestellte Aufgabe, ihre soziale Basis über die gewerbliche Arbeiterschaft hinaus zu erweitern und von einer Klassenpartei der Arbeiter zu einer Partei der Arbeitnehmer und schließlich zu einer echten Volkspartei zu werden, wurde jedoch nicht gelöst. Ebenso wenig gelang es ihr, von den Entwicklungen in Süddeutschland abgesehen, ihre politische Isolation durch die Kooperation mit anderen politischen und sozialen Kräften zu überwinden und damit auch ihr Machtpotential für eine Demokratisierung des Deutschen Reichs und der deutschen Einzelstaaten zu mobilisieren.

Man kann gewiß daran zweifeln, daß es überhaupt zuverlässige Partner mit genügendem politischem und sozialem Gewicht für eine weitreichende demokratische Reformpolitik gegeben hätte. Es ist jedoch auch nicht zu übersehen, daß die parteioffizielle Analyse des Kaiserreiches und seiner Entwicklungstendenzen und die daraus abgeleitete politische Strategie der Parteiführer einer alternativen aktiven Reformpolitik der Sozialdemokratie im Rahmen des bestehenden Herrschafts- und Gesellschaftssystems, wie sie von Reformisten und Revisionisten gefordert wurde, im Wege standen. So ging August Bebel, der unbestrittene Führer der Partei, von der Auffassung aus, daß die sozialen Interessen immer ausschlaggebender für die

Parteibindung würden, daß sich der Klassengegensatz verschärfen und die Proletarisierung beschleunigen würde. Diese Prozesse würden neben dem alten Mittelstand auch den neuen Mittelstand der Angestellten und die katholischen Arbeiter notwendig der Sozialdemokratie in die Arme treiben¹⁰⁵⁾ und – das war auch die Meinung des Parteitheoretikers Karl Kautsky¹⁰⁶⁾ – der Sozialdemokratie fast zwangsläufig zu einer Mehrheit der Wähler verhelfen. Diese optimistische Einschätzung beruhte aber auf unrealistischen Annahmen. Wie die sogenannte ‚Hottentottenwahl‘ von 1907, aber auch die schlechten Ergebnisse der Partei in Gebieten mit starker polnischer Bevölkerung zeigen, konnten nationale Parolen und Gegensätze soziale und ökonomische Differenzen in den Hintergrund drängen. Auch kulturelle Faktoren, besonders die Konfession, spielten für das Wahlverhalten weiter eine entscheidende Rolle.

Der Prozeß der Konstituierung des Proletariats als ökonomischer, sozialer und politischer Klasse und die Abschleifung der Differenzen zwischen den einzelnen Arbeitergruppen, die in der Forschung der letzten Jahre für den Zeitraum bis 1870 zu Recht so viel Aufmerksamkeit gefunden haben¹⁰⁷⁾, gingen gewiß im Kaiserreich weiter. Gleichzeitig setzte aber bereits ein gegenläufiger Prozeß der erneuten Differenzierung der Arbeiterschaft nach Qualifikation, Art der Arbeit und Aufstiegschancen und auch der Auflösung des Proletariats ein. Dieser wurde durch die rasche Expansion des neuen Mittelstandes der Angestellten und Beamten, durch die Entwicklung des Sozialstaats, der allerdings nur sehr langsam die Lebenschancen verschiedener Schichten der Bevölkerung tendenziell einander annäherte, aber auch durch die große Attraktivität bürgerlicher Normen und Lebensweisen für die Arbeiterschaft unterstützt.

¹⁰⁵⁾ *Bebel*. Soziale Zusammensetzung (wie Anm. 84), bes. 336f., 340–342.

¹⁰⁶⁾ *Karl Kautsky*. Der neue Liberalismus und der neue Mittelstand, in: Vorwärts v. 25. 2. 1912, 1. Beilage. Der sozialdemokratischen Agitation setzte Kautsky kurz nach der Reichstagswahl 1912 folgende Aufgaben: „Drei große Gebiete der Rekrutierung haben wir uns zu erschließen. Gelingt es uns, die *Zentrumsarbeiter* aus den kirchlichen Fesseln zu befreien, die ostelbischen *Landarbeiter* gegen den Terrorismus der Konservativen zu wappnen, und treibt uns liberale Schwäche die große Masse des *neuen Mittelstandes* in die Arme, so haben wir die Mehrheit des deutschen Volkes gewonnen und unser weiterer Vormarsch wird unwiderstehlich“ (Hervorhebungen wie im Text).

¹⁰⁷⁾ Methodisch richtungsweisend war hier die Studie von *Zwahr*. Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse (wie Anm. 2).

Die Partei war so, wie die Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg, durch ihre einseitige Konzentration auf die Klasseninteressen der Arbeiter und ihre starre Abgrenzung von anderen sozialen und politischen Kräften in eine Sackgasse geraten.

Es würde hier zu weit führen, die vielfältigen Motive zu analysieren, die die Sozialdemokratie und – noch vor ihr – die Freien Gewerkschaften bewogen haben, sich, wie die Arbeiterbewegungen der anderen kriegführenden Industrienationen, für die Bewilligung der Kriegskredite und den sozialen und politischen Burgfrieden bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu entscheiden. Die nationale Begeisterung, die Teile der Arbeiterschaft erfaßte, die Furcht vor einer Herrschaft der zaristischen Autokratie über Europa, der Wunsch nach Behauptung der im internationalen Vergleich als relativ weitgehend angesehenen sozialen Errungenschaften und die Angst vor der Zerschlagung der Organisationen und einer Verelendung der Arbeiter bei einer oppositionellen Politik – all das spielte zweifellos eine Rolle. Daneben bestand aber auch die Erwartung, bei einer Politik der Zusammenarbeit mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien aus der Sackgasse herauszukommen, die politische Isolierung zu überwinden und die Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft vorantreiben zu können. Der badische reformistische Sozialistenführer Ludwig Frank, die wohl größte politische Begabung der Sozialdemokratie vor Beginn des Ersten Weltkrieges, brachte das einige Wochen vor seinem Tod als Kriegsfreiwilliger Ende August 1914 auf die Formel: „Statt eines Generalstreiks führen wir für das preußische Wahlrecht einen Krieg.“¹⁰⁸⁾

Es ist bekannt, daß die Erwartungen der Sozialdemokratie durch die Entwicklung einer annexionistischen, illusionären Kriegszielpolitik sowie die Regierungstaktik, demokratische Reformen zu verschleppen, schwer enttäuscht wurden. Verbunden mit der weitgehenden Verelendung der Unterschichten und der Destabilisierung der Arbeiterschaft vor allem in den Zentren der rapide expandierenden Rüstungsindustrie wurde damit die Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung, die gleichzeitig eine entscheidende Schwächung der Weimarer Republik bedeutete, letztlich unvermeidbar.

¹⁰⁸⁾ Ludwig Frank an Gustav Mayer am 27. Aug. 1914, in: *Ludwig Frank*. Ein Vorbild der deutschen Arbeiterjugend. Aufsätze, Reden und Briefe. Ausgew. u. einged. v. Hedwig Wachenheim. Berlin 1924, 132 f.